

Thomas Rübke, Bernd Wagner: Einleitung: Kulturpolitik in der Bürgergesellschaft

Erster Teil: Die Aktualität der Bürgergesellschaft

Bürgergesellschaft und Ehrenamt sind über Parteigrenzen und konfessionelle Schranken hinweg zum Querschnittsthema der politischen Diskussion geworden, und das sicher nicht zufällig: in einer Zeit, in der um eine neue Lastenverteilung des Wohlfahrtsstaates und einen veränderten Zuschnitt seiner Aufgabenbereiche gerungen wird; in einer Zeit, in der Verwaltungen in Bund, Ländern und Kommunen umfassend reformiert und öffentliche Einrichtungen aufgrund schwieriger Finanzlagen zu schmerzhaften Einschnitten in ihre Arbeitsstrukturen gezwungen sind; in einer Zeit, in der sich die Arbeitswirklichkeit vieler Menschen massiv verändert, weil die gewohnten, langjährigen Bindungen zu Betrieb und Beruf immer brüchiger werden; in einer Zeit, in der sich Unternehmen als Figuren im globalen Spiel um Marktanteile und shareholder values aufstellen; in dieser Zeit kommt auch auf jeden einzelnen Bürger eine grundsätzliche Überprüfung eingespielter Rollen zu. Viele alte Selbstverständlichkeiten werden infrage gestellt: Waren Bürger bislang über Gebühr Objekte staatlicher Allzuständigkeit und Fürsorge, die sie in ihrer bürokratisch erstarrten Ausprägung bequemlich machten? Hat 'Vater Staat' ein sanft paternalistisches Regime ausgeübt, das die gesellschaftlichen Eigenkräfte lähmte? Ist die Stärkung zivilgesellschaftlicher Eigenkräfte ein kultureller Impuls zur Demokratisierung deutscher Lebensverhältnisse, ein weiterer Schritt zur politischen Mündigkeit? Oder ist das derzeit in seltener Einmütigkeit angestimmte Loblied auf die Bürgergesellschaft die Bankrotterklärung einer Politik, die den Bürgern wieder mehr Beachtung schenkt, weil sie selbst nicht mehr weiter kann und um einen massiven Legitimationsverlust fürchten muss? Hat schließlich die rasante Entwicklung der Wirtschaft mit ihrem obersten Ziel der Gewinnmaximierung zur Unterhöhlung solidarischer Werte beigetragen, die nun wieder durch moralische Appelle an den Gemeinsinn hochgehalten werden müssen?

Alles spricht dafür, dass die Bürgergesellschaft kein vorübergehendes Mode- und Medienthema ist. Zu viele hartnäckige Strukturprobleme haben sich in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft angehäuft. Ob aber die erhoffte lindernde Wirkung von der Aktivierung und Partizipation der Bürger, vor allem im unmittelbaren Lebensumfeld von Nachbarschaft und Lokalpolitik, ausgehen wird, ist noch nicht entschieden. Die Förderung des Gemeinsinns, die Stärkung des Ehrenamtes oder die Festigung der Zivilcourage ist derart in aller Munde, dass man befürchten muss, die vorhandene Nahrung könnte den Hunger nach Sinn nicht stillen. Unmetaphorisch gesprochen: Die Hoffnung auf eine kommende Bürgergesellschaft könnte schlichtweg mit unerfüllbaren Erwartungen an ihre Problemverarbeitungskapazität und -kompetenz überfrachtet werden, was unwillkürlich in Enttäuschung enden muss. Was dann folgt, ist, wie schon so oft, die Implosion eines politischen Begriffs und seine lautlose Entsorgung.

Jedenfalls sprechen Politiker landauf, landab von einer neuen Aufteilung von Verantwortung und Mitbestimmungsrechten zwischen Staat und Gesellschaft. Bundeskanzler Gerhard Schröder schreibt in seinem vielbeachteten Artikel in der SPD-Theoriezeitschrift *neue gesellschaft/frankfurter hefte*: "Zivilgesellschaft wird zum wichtigen Ort gesellschaftlicher Teilhabe... Den Bürgern wird in dieser Zivilgesellschaft ein Stück Subsidiarität und Selbstbestimmung zurückgegeben. Das verlangt die Bereitschaft zur Eigenverantwortung, aber es verlangt auch einen Staat, der sich darauf konzentriert, die Bedingungen für Gerechtigkeit zu

schaffen und die Infrastruktur gesellschaftlicher Solidarität zu garantieren." Der CSU-Fraktionsvorsitzende im Bayerischen Landtag, Alois Glück, stimmt dieser Einschätzung grundsätzlich zu: "Gerade durch die Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements können vielfach bessere Lösungen erzielt werden als durch den Staat oder die öffentliche Hand... Die Politik muss die Rahmenbedingungen so gestalten, daß verantwortungsbewußtes Verhalten gefördert und anerkannt wird."

Die Formel für den anstehenden Umbau von Staat und Gesellschaft scheint also gefunden. Allerdings ist sie bislang nur ungenügend ausbuchstabiert. Welche Konsequenzen hat die neue Wertschätzung der Bürgergesellschaft auf einzelne Politikfelder, also auch auf die Kulturpolitik? Wie müssen sich die Arbeitsweisen von Kulturverwaltungen verändern, wie können neue Finanzierungswege und offene Trägermodelle von Kultureinrichtungen aussehen, die Bürger dazu ermuntern, ihre Zeit und ihr Geld für Kunst und Kultur zu stiften? Wie kann eine qualifizierte Mitarbeit von ehrenamtlich Engagierten in einem Museum, einer Volkshochschule oder einer öffentlichen Bibliothek gestaltet werden? Wo findet die Teilhabe der Bürger ihre Grenzen im Gebot, hohe Qualitätsstandards künstlerischer Produktion und kultureller Dienstleistung zu sichern? Wo wird bürgerschaftliches Engagement gar zum Jobkiller, weil 'teure' Erwerbsarbeit durch 'billiges' Ehrenamt ersetzt wird?

Diese Konkretisierung der Arbeitsfelder und Aufgabengebiete, der Methoden und Organisationsformen, der Grenzen und Chancen könnte auch zur Profilierung der politischen Leitbilder beitragen. Die derzeitige Begriffsverwirrung von 'Klassischem' und 'Neuem Ehrenamt', 'bürgerschaftlichem Engagement', 'freiwilliger Tätigkeit' oder 'Bürgerarbeit' ist nicht nur ein Problem ungenügender theoretischer Trennschärfe, sondern auch einer bislang rudimentär oder unbeachtet gebliebenen Praxis.

Über dieses Manko kann auch die sprachliche Übersteigerung nicht hinweghelfen, die Gerhard Schröder in dem schon erwähnten Aufsatz vornimmt. Er will darin eine 'zivile Bürgergesellschaft' begründen. Dieses Vorhaben zeugt von dem Willen, alle möglichen Begriffsfelder politisch zu vereinnahmen. Wer aber genauer hinsieht, wird nur eine Aneinanderreihung von Pleonasmen entdecken: Was ist eine Gesellschaft anderes als der Zusammenhang von Bürgern? Was soll das Adjektiv 'zivil' anderes betonen als die Eigenschaften, die nun einmal untrennbar mit dem Begriff des Bürgers zusammenhängen? Die CSU, die in den Entwürfen ihres neuen Parteiprogramms mit der Vorstellung einer 'Aktiven Bürgergesellschaft' kontert, hat bislang auch nicht klarstellen können, ob es überhaupt eine 'passive Bürgergesellschaft' geben könne.

Viele aktuelle Gegenwartsdiagnosen zeichnen ein doppeldeutiges Bild der Bürgergesellschaft. Es ist nicht (allein) die aufkeimende Hoffnung, dass von ihr neue Impulse der Selbstbestimmung und Selbstorganisation ausgehen, dass sich demokratisches, tolerantes und mitmenschliches Handeln zu einer selbstverständlichen und im Alltag gelebten Haltung formen würden. Es ist auch die Furcht vor einer Welt, die ihre soziale Bindungskraft verliert, die bestimmt wird durch Börsenkurse und Medienverführung, durch diese neumodischen Verkleidungen des alten panem et circenses, und die Perspektivlosigkeit derer, die auf der Strecke bleiben; eine Welt, in der die Modernisierungsgewinner nur noch an sich und ihren eigenen Vorteil denken und die Gier zum vorherrschenden Trieb wird; eine Welt, in der sich Menschen von der Jagd nach hohen Renditen und materiellem Nutzen leiten lassen, was sich schließlich wie ein Virus auf alle menschlichen Beziehungen überträgt. Auf der anderen Seite wird ins Feld geführt, dass dieses kurz skizzierte Horrorszenario moderne Lebensanschauungen verkennt, die sich weder ausschließlich um sich selbst und den eigenen Vorteil kümmern noch selbstvergessen und devot der guten Sache dienen.

Warnfried Dettling etwa hält diese Sichtweise der Propheten und Warner der neuen Egogesellschaft für manichäisch: Die Welt wird dabei eingeteilt in Ich und die Anderen, in gut und böse. Vielmehr, so *Dettling*, ist es doch so, dass Menschen selbstbewusst nach ihrem eigenem Vorteil handeln können und gleichwohl oder gerade deshalb anderen helfen und nutzen. Dieser reziproke Prinzip wird durch viele Umfragen zu den Motiven ehrenamtlichen Engagements (siehe dazu *Braun*) bestätigt. Man tut etwas für sich, indem man anderen hilft. Man gewinnt durch bürgerschaftliches Engagement auch Spass und Geschmack an seinem eigenem Leben. Wenn man gerade in Rechnung stellt, dass Individuen heute bewusster auf die Balance von Geben und Nehmen achten, dann kann der Befund einer heraufziehenden 'Gesellschaft der Ichlinge'¹ nicht mehr aufrechterhalten werden.

Eine weitere Differenz der Meinungen tritt hervor, die nicht so sehr in der Beurteilung der Fakten, sondern in den politischen Schlussfolgerungen liegt, die daraus gezogen werden: Wird mit der politischen Werbung für stärkere Bürgerverantwortung die neoliberalen Deregulierung wohlfahrtsstaatlicher Standards vorangetrieben oder im Gegenteil an die Gesellschaft nur zurückgegeben, was ihr unrechtmäßig vom Staat an Macht, Kompetenz und Verantwortung entzogen wurde? Wer also genauer hinsieht, kann unter den vielen politischen Gemeinsamkeiten doch einige weltanschauliche Unterschiede erkennen.

Politische Unterschiede in der Bewertung des Projekts Bürgergesellschaft

An einem Ende der Skala befindet sich der vom neuen Präsidenten der USA zum Wahlprogramm erhobene 'Compassionate Conservatism', dessen Erfolgsrezept Jörg Lau zutreffend beschrieben hat: "Mitfühlender Konservatismus - mittels dieses [von Marvin Olasky, einem prominenten Berater des neuen Präsidenten, gefundenen] Slogans konnte George W. Bush sich erfolgreich von dem hartherzigen Deregulierungskonservatismus der Reagan-Jahre distanzieren und die Republikaner von dem Makel befreien, sie seien die Partei der Reaktionäre und Superreichen. Olaskys Konzept erscheint mittlerweile auch krisengeschüttelten Konservativen in anderen Teilen der Welt als probate Antwort auf die sozialdemokratischen Versuche, im Zeichen von Dritten Wegen und Neuen Mitten das politische Zentrum zu besetzen. Angela Merkels jüngste Thesen zur 'Wir-Gesellschaft' können streckenweise als Parallelaktion zum compassionate conservatism gelesen werden - so etwa, wenn die CDU-Vorsitzende schreibt: ‚Wer Solidarität anderer in Anspruch nimmt, muss aber umgekehrt den ihm möglichen Beitrag für die Gemeinschaft erbringen.‘ Es wird hier wie dort neu bestimmt, in welcher Weise Ansprüche des Individuums und der Gemeinschaft miteinander in Beziehung stehen sollen."

Geben und Nehmen, Leistung und Gnade sind die Ankerpunkte eines sozialpolitischen Programms, das letztendlich von der Überzeugung getragen ist, jeder sei seines eigenen Glückes Schmied. Wenn jemand unverschuldet in Not gerät, soll ihm die Gnade und Hilfe derer zugute kommen, denen es besser geht. Der Staat aber soll so wenig wie möglich in diese Beziehung zwischen Bürgern einwirken, denn dort, wo er für soziale Leistungen und Rechte garantiert, besteht die Gefahr, die Willenskraft der Menschen zu lähmen, es aus eigener Kraft zu schaffen.

Auch aus christlicher und wertkonservativer Tradition stammend, aber wesentlich differenzierter argumentieren Politiker, die sich dem Prinzip der Subsidiarität verpflichtet fühlen. Hierzu gehört

¹ Heiner Keupp, von dem dieser Begriff stammt, hat diese Vorstellung freilich mit einem Fragezeichen versehen und auch plausibel entkräftet.

in Deutschland an prominenter Stelle Alois Glück, der Fraktionsvorsitzende der CSU im Bayerischen Landtag, dessen Handschrift im neuen Programmentwurf seiner Partei zur 'Aktiven Bürgergesellschaft' unschwer zu erkennen ist.

In der Enzyklika *Quadragesimo Anno* aus dem Jahr 1931 hatte die Kirche eine umfassende Regelung sozialpolitischer Hilfen mit dem Begriff der Subsidiarität umschrieben. Ein Mensch, der Hilfe benötigt, soll vorrangig von der kleinsten sozialen Einheit unterstützt werden, die diese Leistung auch bewältigen kann. Zunächst also soll Beistand von der Familie kommen, dann von der lokalen Gemeinschaft oder Gemeinde ausgehen, bevor erst ganz zum Schluss der Staat einspringt. Mit dieser Formel versuchte sich die Kirche sowohl von den gleichmacherischen Gerechtigkeitsansprüchen des real existierenden Stalinismus wie vom ungebändigten Egoismus des westlichen Kapitalismus dieser Zeit abzusetzen.

In der verfassungspolitischen Verankerung der sozialen Marktwirtschaft wurde das Subsidiaritätsprinzip dann zur Leitformel des Sozialstaatsgebots der Bundesrepublik Deutschland. Auch heute spielt es im Vertrag von Maastricht und der entstehenden Grundrechtscharta der Europäischen Union eine wichtige Rolle, nicht nur, aber auch in der Kulturpolitik. Allerdings, so lautet die Kritik, ging sein eigentlicher Sinn durch eine sozialstaatliche Eigendynamik in der sich schnell entwickelnden Wohlstandsgesellschaft zwischen Währungsreform und Wiedervereinigung verloren, die jede artikuliert Forderung zum einklagbaren Rechtstitel erhob, wenn sie mit genügend Protestpotential ausgestattet war. In der daraus resultierenden Eigendynamik wurde der Staat mit immer neuen Ansprüchen unterschiedlichster Gruppen konfrontiert, die er mit einem immer größeren Leistungsspektrum professionell zu befriedigen versuchte. Die Konsequenzen dieser Dynamik liegen heute auf der Hand: Der Sozialstaat ist nicht nur unbezahlbar, sondern auch ineffektiv geworden, weil er nicht die Eigenkräfte der Gesellschaft stärkte. Die mit Ansprüchen aufgeladenen und grundsätzlich schrankenlosen Erwartungshaltungen seiner Bürger mussten den Staat freilich überfordern, und gerade dies ist eine der Hauptquellen der wachsenden Politikverdrossenheit. Jeder notwendige Leistungsabbau zieht Legitimitätsverluste der Politik nach sich. Aus dieser Kritik folgt, dass die derzeitige Wiederentdeckung der Bürgergesellschaft im Kern das Subsidiaritätsprinzip ernsthaft einzulösen gedenkt: Dessen politische Verwirklichung kann nun zielstrebig erfolgen, weil man den Gefahren sozialstaatlicher Bürokratisierung bewusster ins Auge sieht. Ja, mehr noch: Das, was wir bislang häufig für Subsidiarität hielten, wie die Auslagerung staatlicher Aufgaben an die Wohlfahrtsverbände, ist oft nichts anderes als die Verlängerung staatlicher Bürokratie in den Kultur-, Sozial- oder Gesundheitsbereich hinein. Hier agieren weniger die Bürger, sondern Verbandsvertreter und Interessensgruppen, die sich zum Teil schon längst von ihren Wurzeln gelöst haben. Und zu diesen Wurzeln gehört vor allem das Ehrenamt in seinem ursprünglichen Sinngehalt, als direkte und unmittelbare, aber zugleich verantwortungsbewusste Stellung des einzelnen Bürgers zur Gemeinschaft, das es wiederzubeleben gilt.

Auch in der sozialdemokratischen Lesart wird die Krise des sozialstaatlichen Sicherungssystems als politische Chance begriffen. Selbstverständlich sind dabei andere Denktraditionen als die gesellschaftliche Organisation christlicher Nächstenliebe ausschlaggebend, vor allem das Problem, wie die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit als Kernidee der Sozialdemokratie unter den Bedingungen wirtschaftlicher Modernisierung und Individualisierung neu zu formulieren ist. Es steht außer Frage, dass am positiven Rechtscharakter sozialer Gerechtigkeit festgehalten muss, denn gerade dies gegen die Gnadenerweise der Kirche oder den Philantropismus des Bürgertums erkämpft zu haben, gehört zu den Hauptleistungen der Arbeiterbewegung im 19. und 20. Jahrhundert. Allerdings wissen auch Sozialdemokraten, dass diese Rechtstitel zu bewahren

letztlich davon abhängt, die 'Verteilungsmaschinerie' des Sozialstaates wieder schneller und wirksamer zum Laufen zu bringen.

Am genauesten hat Tony Blairs Vordenker, Anthony Giddens, die Voraussetzungen und Maximen des sogenannten 'Dritten Weges' beschrieben, mit dem sich die Sozialdemokratie anschickt, die politische Mitte zu erobern. Diese Mitte, das ist der Ausgangspunkt von Giddens Analyse, ist heute nicht mehr durch Großgruppen und Großmilieus wie Arbeitnehmerschaft oder Bürgertum geprägt, sondern sehr heterogen zusammengesetzt. Obwohl es weiterhin gravierende soziale Ungleichheiten gibt, die bei der weiter bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsweise auch nicht verschwinden werden, hat sich doch ein allgemeiner Wohlstand herausgebildet, der es Menschen weit mehr als noch vor einigen Jahrzehnten erlaubt, ihre jeweils individuellen Lebensstile auszuprägen. Diesen neu gewonnenen Freiheiten stehen allerdings auch wachsende Unsicherheiten gegenüber. Die Arbeitswelten verändern sich massiv, das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung nimmt rasant zu. Damit wachsen auch die Anpassungsleistungen und Anpassungsschwierigkeiten der Individuen. Die Welt teilt sich in Modernisierungsgewinner und -verlierer, die von der dynamischen Entwicklung der Gesellschaft abgeschnitten sind. Neben die alten Systemwidersprüche zwischen Kapital und Arbeit, die vom Typus des klassischen Sozialstaates abgefedert wurden, treten neue Widersprüche der Integration und Ausgrenzung. Alleine über finanzielle Kompensationen des Sozialstaates sind diese neuen Ungleichheiten nur mehr ungenügend zu nivellieren. Kulturelle Teilhabe und aktive Gestaltung der Bürgergesellschaft gehört in diesem Paradigma der Gerechtigkeitspolitik zu den neuen Wegen, die im traditionellen Sozialstaat kaum beachtet wurden.

Aber auch, um die wachsenden Chancen, individuelle Lebensführung zu verwirklichen, die jeder Einzelne für sich gestalten will und muss, bedarf es der politischen Gestaltung geeigneter Rahmenbedingungen. Im Gegensatz zu neoliberalen Ideen vertritt Giddens die These, dass sich aus diesen Tendenzen der Individualisierung nicht ein völliger Rückzug des Staates ableiten lasse. Vielmehr geht es um die Erfindung einer 'Politik der Lebensführung', die das Individuum in seinen emanzipatorischen Bestrebungen ernst nimmt und es in ihrer Fähigkeit der 'Selbststeuerung' unterstützt, aber auch nicht blind ist gegen die durch Deregulierung entstandenen Risiken.

Der Begriff des 'Aktivierenden Staates' (siehe den Beitrag von *Sievers*), der die Eigenkräfte der Gesellschaft unterstützt und anregt, und weniger die Wiederbelebung des bürgerlichen Ehrenamtes, scheint das Zentrum sozialdemokratischer Debatten zu sein. Wie kann man politisch darauf hinwirken, dass jeder Einzelne nicht nur möglichst große Gestaltungsspielräume entfalten kann, sondern auch bewusst Verantwortung übernimmt und damit letztlich die staatlichen Sicherungssysteme entlastet? Wie lassen sich mit einer 'Politik der Lebensführung' die Chancen für individuelle Emanzipationsprozesse fair verteilen, um soziale Ausgrenzung zu verhindern?

Einige politische Beobachter mag es verwundert haben, warum gerade Bündnis 90/die Grünen - vor allem Antje Vollmer - die Reform des Stiftungsrecht auf die politische Agenda setzten, das im Jahr 2000 nach langen Vorbereitungen endlich auf den Weg gebracht wurde. Stiftungen (siehe die Beiträge von *Naumann*, *Vollmer* und *Mecking*) gehören wie das Ehrenamt eher zur bürgerlichen Traditionslinie gesellschaftlichen Engagements. Sicher: es ist wohl weniger der Effekt des Stiftungsrechts als Steuersparmodell großer Einkommen, der dem grünen Selbstverständnis entspricht. Aber man sollte nicht vergessen, dass die Ursprünge dieser Partei eindeutig in den sozialen Bewegungen und Bürgerinitiativen der 70er Jahre zu suchen sind, aus deren Gedankengut sie bis heute schöpft. Hierzu gehört die Idee der Entstaatlichung genauso wie die Erfahrung einer aus unmittelbarer Betroffenheit, thematischem Protest und gemeinsamen

Arbeiten und Leben sich bildenden sozialen und kulturellen Solidarität. Die Alternativbewegung hat viele Projekte hervorgebracht, die eine sozial, kulturell und ökologisch verantwortliche Wirtschaftsweise propagierten. Im Gesundheitsbereich schossen Selbsthilfegruppen wie Pilze aus dem Boden, die ein Gegengewicht zum bürokratisch organisierten Gesundheitswesen und der technisch entfremdeten Apparatemedizin schaffen wollten. Dieses Selbstverständnis (siehe dazu *Evers*) betont die politisch widerständige Seite bürgerschaftlichen Engagements, das nicht zum Lückenbüßer und Nischenfüller des Staates verkommen darf. Es sieht den Bürger als Koproduzenten von Öffentlichkeit und Kultur und kritisiert den bestehenden Klientilismus der sozialen Organisationen, die hilfsbedürftige Menschen zu Objekten degradiert. Es hegt Misstrauen gegen Expertensysteme und unterstreicht die wichtige Funktion engagierter Laien für die soziale und kulturelle Organisationskultur. Gerade die Erfahrung, dass die etablierten Parteien und Verbände nicht in der Lage waren, die Ideen dieser Protestgeneration zu absorbieren, wirkt bis heute nach. Erst spät kam in den Kirchen, den Wohlfahrtsorganisationen und der Kommunalpolitik alternatives Gedankengut zur Geltung. Insofern schufen sich die Aktivistinnen und Aktivisten sozusagen ihre eigene Umwelt und Szene in bestimmten Projekten, politischen Initiativen oder bevorzugten Wohnquartieren. Im kulturellen Bereich war es vor allem die neu entstehende Soziokultur mit ihren Zentren und Stadteilläden, die alternativen Ideen eine Heimat bot (siehe dazu auch den Beitrag von *Oppermann* und *Thierse*). Der Impuls des Abweichenden und Nicht-Integrierbaren wird noch heute deutlicher als in anderen Parteien artikuliert. Es besteht aber zugleich eine gewisse Nähe zur konservativen Sozialstaatskritik, die den Neokorporatismus des Verbändewesens kritisiert und die Rückbesinnung auf die lokale Wurzeln des Gemeinwesens fordert und fördern will.

Die Kritik am unbeweglichen staatlichen Handeln und des im Korporatismus erstarrten Verbändewesens ist es auch, die der neoliberalen Lesart der Bürgergesellschaft Nahrung gibt. »Zivilgesellschaft« meint hier vor allem Negation bestehender sozialstaatlicher Standards: gegen den »bürokratischen Versorgungsstaat«, die »Parteienallmacht«, »Verbändeoligarchien«. Modernisierung, Flexibilisierung und Deregulierung sind die dazu gehörenden Kernbegriffe. In dieser Lesart gehört Zivilgesellschaft zu einem liberalen Grundsatzprogramm, staatliche Einflüsse und Korrekturleistungen so klein wie möglich zu halten, da Wirtschaft und Gesellschaft gerade dann am besten funktionieren, wo sie 'störungsfrei' ihren eigenen Gesetzen gehorchen können. »Liberale Bürgergesellschaft« war und ist das Label der neoliberal ausgerichteten F.D.P. Aber das hohe Lied auf die Bürgergesellschaft als eine weitgehend von staatlichen Einflüssen freie Zone, wird auch von konservativen Wirtschaftstheoretikern und sozialdemokratischen Modernisierern gesungen, vielleicht auch mit dem Hintergedanken, Lücken ideologisch zu füllen, die zurückgehende Leistungen staatlicher Träger und gesellschaftlicher Solidargemeinschaften gerissen haben. Gerade dieser Verdacht, Bürgergesellschaft könne zum Ausfallbürgen staatlichen Rückzugs im Gefolge der stärkeren Förderung privater Gewinnmaximierung machen, hat Misstrauen gesät. »Selbstverantwortung« und »Zivilgesellschaft« sind hier lediglich »beschönigende Worte für eine Politik, die Kosten und Probleme auf den sogenannten selbstverantworteten Bürger abwälzt ... Über Zivilgesellschaft wird als Politikersatz politisch und materiell folgenlos geredet, also ohne neue Macht- und Aufgabenverteilung von Staat, Markt und Zivilgesellschaft.« (Ulrich Beck).

Zweifelhaft ist zudem, ob in einem neoliberalen Denkmodell hinreichend unterschieden wird zwischen den Rahmenbedingungen, die eine florierende Wirtschaft und jenen, die eine gut gedeihende Zivilgesellschaft benötigt. Reicht es aus, wirtschaftliche Freiheit zu fordern und zu fördern, in der selbstverständlichen Annahme, die gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Bürgern würden sich dann schon zu ihrem eigenen Vorteil regulieren? Der amerikanische

Sozialwissenschaftler Jeremy Rifkin erteilt in seinem neuesten Buch 'Access - Das Verschwinden des Eigentums' derartigen politischen Strategien eine deutliche Absage. "In den letzten Jahren wurde viel öffentlich über die Deregulierung staatlicher Dienstleistungen und Tätigkeitsbereiche gesprochen und ihre allmähliche Absorption in die kommerzielle Sphäre debattiert. Viel weniger Aufmerksamkeit wurde jedoch der Absorption der Privatsphäre durch den Markt geschenkt." (Rifkin, 151) Wenn aber durch die Dominanz des Marktes alle menschlichen Beziehungen nach und nach seiner kalkulatorischen Logik unterworfen werden, wird eben nicht eine neue bürgerschaftliche Kultur entstehen, sondern im Gegenteil gerade die Zeit minimiert, die wir für Verwandtschaft und Familie, ehrenamtliches Engagement und Nachbarschaft, religiöse Zugehörigkeit und staatsbürgerliches Engagement aufwenden können. Traditionelle Beziehungen, die auf Zuneigung, Liebe, Hingabe beruhen, werden durch Leistung und Gegenleistung, vertragliche Vereinbarungen und kommerzielle Transaktionen ersetzt. Insofern, resümiert Rifkin, steht die Funktionsweise der freien Marktwirtschaft der Entfaltung bürgerschaftlicher Lebensweisen oft im Wege.

Denktraditionen der Bürgergesellschaft

Natürlich sind diese kurz dargestellten politischen Standpunkte nicht lupenrein zu unterscheiden, allzusehr haben sich die Parteien in ihrer Programmatik heutzutage angenähert. Konservative Theoretiker sprechen vom 'Aktivierenden Sozialstaat', wie Sozialdemokraten und Grüne das Lob des Ehrenamts anstimmen. Dennoch lassen sich bestimmte Fixpunkte der Argumentation erkennen, die in einem ersten Schritt die schillernden Facetten des Begriffs 'Bürgergesellschaft' etwas deutlicher hervortreten lassen. Seine Bedeutung nur mit parteipolitischen Positionen zu füllen, wäre allerdings zu kurz gegriffen. Gerade im Kulturbereich (siehe den Beitrag von *Glaser*) besteht eine lange Tradition des Nachdenkens über Zivilität, Bürgerschaftlichkeit und kulturelle Bindungen dort, wo Künstler und Kulturschaffende die politische Dimension ihres Tuns bewusst in den Blick nahmen, wie Friedrich Schiller mit seiner Idee einer ästhetischen Erziehung in der Hochzeit der Weimarer Klassik. Nach dem Sieg der Alliierten und der Etablierung demokratischer Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland wurden diese Ideen von jungen Intellektuellen wieder entdeckt. Gerade die Kulturpolitik wurde zum Zentrum der neuen Urbanitätsdebatte, die Anfang der 70er Jahre die durch Wirtschaftsinteressen und autogerechte Architektur gefährdeten Orte der Öffentlichkeit zurückerobern und den Bürgergeist neu wecken (siehe *Thierse*) wollte. Und sicher ist es nicht abwegig, historisch noch tiefer zu graben. Nicht zuletzt Hannah Arendts Aktualisierung der griechischen Polis hat die Diskussion um die Bürgergesellschaft befruchtet. Das antike Menschenbild, die Vorstellung einer Lebenskunst, in der jeder Bürger zum verantwortlichen Gestalter seines eigenen Lebensentwurfs und seiner Umgebung wird (siehe *Schmid*) ist keineswegs ein historisch erledigtes Fundstück. Im Zeitalter der Individualisierung wird das antike Konzept der *ars vivendi* zu einer wichtigen Wegmarken der Orientierung.

Wenn man die Denktraditionen, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, systematisiert, lassen sich zwei wichtige Stränge unterscheiden, die helfen können, die »zivil-bürgergesellschaftliche Unübersichtlichkeit« etwas transparenter zu machen.

In der modernen Gesellschaft ab dem 18. Jahrhundert steht »civil society« – unabhängig von ihrer konkreten Ausgestaltung – allgemein für eine Verneinung, für nicht Staat und in einer anderen Lesart als doppelte Verneinung, als nicht Staat und nicht Markt. Dieses Verständnis unterscheidet sich von der vormodernen Vorstellung von den antiken *societas civilis*, der

Polisgemeinschaft, die das öffentliche Leben unter Einschluss dessen bezeichnet, was für die moderne Zeit der Staat ist.

Für die neuzeitliche politische Theorie wird – in Anlehnung an Charles Taylor – vor allem die Unterscheidung zwischen dem »L-Strang« und dem »M-Strang« wichtig. Dabei steht »L« für John Locke (1632-1704) und »M« für Montesquieu (1689-1755).

Bei *John Locke* meint »civil society« die unabhängige gesellschaftliche Sphäre als Entfaltungsraum des Individuums gegenüber dem Staates. Der Staat ist zwar dazu da, die Eigentumsrechte seiner Bürger zu garantieren, aber er muss gleichsam immer wieder zu dieser Selbstbegrenzung seiner Funktion angehalten werden. Mit anderen Worten: Die gesellschaftliche Freiheit muss auch gegen einen Staat verteidigt werden, der seine Befugnisse überschreitet. Diese Trennung von Staat und Gesellschaft wird weiterentwickelt u. a. in Adam Smith' Theorie des Wirtschaftsliberalismus, und Hegels Unterscheidung vom Citoyen des politischen Staates (Staatsbürger) und Bourgeois der bürgerlichen Gesellschaft (Wirtschaftsbürger). Diese beiden Linien nehmen allerdings unterschiedliche Gewichtungen vor: Während Adam Smith vor allem auf die selbstregulierenden Kräfte von Wirtschaft und Gesellschaft Wert legt und mit diesem Argument der staatliche Einfluss des Staates auf die Gesellschaft so gering wie möglich gehalten werden soll, obsiegt bei Hegel der Staat als der eigentliche Ort der Vernunft gegenüber dem eher anarchischen 'System der Bedürfnisse', das die gesellschaftliche Sphäre kennzeichnet. Gemeinsam ist Hegel und Smith freilich die deutliche Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft als zweier Sphären, die sich bestenfalls gegenseitig in Schach halten. Sie kennzeichnet auch das Denken von Marx und Engels, deren Vorstellung eines kommenden Sozialismus vom "Absterben des Staates" und der Rücknahme seiner Macht in eine Gesellschaft gleichberechtigter und freier Individuen träumt.

Bei *Montesquieu* wird dieser Schutzraum der Gesellschaft zu einem Vermittlungsraum. Der schroffe Gegensatz von Staat und Gesellschaft wird aufgehoben. Im System der staatlichen Gewaltenteilung geht es zwar auch um eine Begrenzung staatlicher Autoritäten. Aber gerade durch gesellschaftliche Netzwerke von Institutionen und Organisationen, den »corps intermédiaires« als Kennzeichen der »civil society« nehmen die Bürger an den politischen Geschäften und Geschicken Anteil. Da diese intermediären Organisationen innerhalb und außerhalb der politischen Zusammenhänge leben, sind sie jeweils Teil politischer und gesellschaftlicher Strukturen und von daher Verbindungsglieder zwischen ihnen.

An diese beiden grundsätzlichen Alternativen schließen sich in der neuzeitlichen Philosophie und Sozialwissenschaft viele Ausarbeitungen an, deren für die gegenwärtige Diskussion wichtigsten kurz vorgestellt werden sollen:

Die Denkrichtung Montesquieus greift Alexis de Tocqueville (1805-1859) auf. Die Beteiligung aller Bürger am politischen Geschehen, ihre umfassende Aktivierung unterscheiden die Demokratie von anderen Herrschaftsformen, auch wenn ihre politischen Repräsentanten eher mittelmässig begabt sind. "Die Demokratie", schreibt Tocqueville, "gibt dem Volk nicht die gewandteste Regierung, aber sie bringt das zustande, was die geschickteste Regierung nicht beizubringen vermag, sie verbreitet in dem ganzen sozialen Körper eine unruhige Geschäftigkeit, einen Überschuss an Kraft, einen Tatwillen, die ohne jene unmöglich sind und die, wenn die Bedingungen nur einigermaßen günstig sind, Wunder vollbringen. Darin liegen ihre wahren Vorzüge." (Tocqueville 1, 366). Diese Geschäftigkeit schlägt sich von unzähligen freien Vereinen, Assoziationen und Organisationen nieder. Sie gründen in gemeinsam getragenen Wertvorstellungen eines lebendigen Gemeindelebens, durch das die amerikanische Gesellschaft

vor der Kontrastfolie des feudalen Frankreich, der Heimat Tocquevilles, hervorsteht. Umgekehrt bekräftigt das lebendige Gemeindeleben immer wieder diese gemeinsamen Werte, die sich ursprünglich aus der religiösen Gleichheitsvorstellung der ersten Siedler entwickelt hatten. Die Orte der lokalen Selbstregierung und Selbstorganisation sind gleichsam praktische »Schulen der Demokratie« und geben ihren Geist an die kommenden Generationen weiter.

An die partizipatorischen Aspekte der Tocquevilleschen Assoziationen und ihre Funktion als »Schule der Demokratie« knüpft etwa Ralf Dahrendorfs Konzept der Bürgergesellschaft ausdrücklich an. Von der Begründung der Demokratie in einer gemeinsamen geistigen Werthaltung, die wenigstens zum Teil auf religiösen Fundamenten beruht, sind eine Reihe kommunitaristischer Theorien und ihre Vorstellungen von Zivilgesellschaft geprägt.

Neben Tocqueville als dem derzeit wohl einflussreichsten klassischen Denker in den aktuellen Debatten um Zivilgesellschaft gibt es weitere Traditionslinien: Hierzu gehört Antonio Gramsci »società civile«. Als Führer und Theoretiker der italienischen Kommunisten untersuchte Gramsci (1891-1937) – von den Faschisten über ein Jahrzehnt ins Gefängnis gesperrt, wo er auch starb – die Niederlage der Arbeiterbewegung und entwickelte einen Begriff von Zivilgesellschaft, der sich vom traditionellen marxistischen Staatsverständnis mit der schroffen Gegenüberstellung von Staat und Gesellschaft unterschied. Dabei ist in Gramscis Verständnis »Zivilgesellschaft« einerseits eine Kategorie bürgerlicher Herrschaft, die sich nicht nur durch staatliche »Zwangsapparate« (Justiz, Polizei etc.) und seine »ideologischen Apparate« (Erziehungswesen) realisiert, sondern gerade auch durch ein Netz privater Organisationen und Vereine, die – obwohl freiwillige Assoziationen – bürgerliche Hegemonie reproduzieren. Andererseits ist diese »società civile« im Unterschied zur »società politica« auch die Grundlage für die Entfaltung von Gegenmacht und Feld der Auseinandersetzungen um kulturelle und damit auch um politische Hegemonie.

Die Vereine, Assoziationen und autonomen Organisationen als Glieder der Zivilgesellschaft stehen bei Gramsci intermediär zwischen Staat, Gesellschaft und Ökonomie, aber anders als bei Montesquieu und Tocquevillesche sind sie nicht nur Vermittlungsinstanzen, sondern Kampfarenen der politischen Hegemonie. Aus dem Marxschen »Absterben des Staates« wird die Gramscische »Absorption des Staates durch die Zivilgesellschaft«. Dieser Ansatz bildet die Folie für zahlreiche politische Konzeptionen zum Sturz autoritärer und totalitärer Regime durch zivilgesellschaftliche Gegenmacht in den 70er und 80er Jahren.

Eine weitere Traditionslinie führt in die Kritische Theorie der Frankfurter Schule, vor allem zu Jürgen Habermas' »Theorie des kommunikativen Handelns«, aber auch davon inspirierte Ansätze radikaler Demokratie. Zentrale Kategorie ist die »Öffentlichkeit«. Diese Öffentlichkeit existiert jenseits der Machtsphären »Staat« und »Ökonomie«. Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft sind gleichsam Scharnierstellen zwischen der Sphäre der Politik und der Lebenswelt. "Politische Öffentlichkeit [ist] der Resonanzboden für Probleme, die vom politischen System bearbeitet werden müssen, weil sie andernorts nicht gelöst werden." (Habermas, 435). Damit die politischen Öffentlichkeit aber ihre Funktion wahrnehmen kann, muss sie über ihre zivilgesellschaftliche Basis in der Lebenswelt verwurzelt sein. "Die Zivilgesellschaft setzt sich aus jenen mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen zusammen, welche die Resonanz, welche die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten. Den Kern der Zivilgesellschaft bildet ein Assoziationswesen, das problemverarbeitende Diskurse zu Fragen allgemeinen Interesses im Rahmen veranstalteter

Öffentlichkeiten institutionalisiert." (Habermas 443 f.) Unschwer ist in dieser Formulierung das Erbe Tocquevilles zu erkennen.

Prominent in der Diskussion um Zivilgesellschaft wurden in den letzten Jahren die Ansätze einiger nordamerikanischer Kommunitaristen. Unter dieser Bezeichnung firmieren allerdings sehr unterschiedliche Strömungen. Zuerst sind wohl jene Vertreter zu nennen, die »Zivilgesellschaft« mit einer gemeinsame Vorstellung vom »guten Leben« verbinden, und zu einer Revitalisierung klassischer und im Modernisierungsprozess gefährdeter sozialer Gemeinschaften wie Familie, Ehe und gute Nachbarschaft aufrufen. Amitai Etzioni etwa, einflussreicher politischer Berater des ehemaligen US-Präsidenten Bill Clinton und gern gesehener Gast einiger europäischer Regierungschefs, gehört dieser wertkonservativen Richtung an. Andere Kommunitaristen wie Michael Walzer oder Charles Taylor vertreten hingegen liberale Standpunkte, die den »sozialdemokratischen« Theoretikern der "Neuen Mitte" oder des "Dritten Wegs" (s.o.) verwandt sind. Für sie ist »Zivilgesellschaft« ein politisches Projekt, und steht, anknüpfend an Tocqueville, für eine Reformpolitik in einer modernen globalisierten Welt. Ein wichtiger Kernpunkt ist die zu beobachtende Pluralisierung der Lebensstile und ihrer Identitätskerne, seien sie religiöser oder ethnischer Herkunft, in einem offenen Nationalitätenkonzept, einem gesellschaftlichen Klima gegenseitiger Anerkennung und Toleranz friedlich auszutarieren. Voraussetzung ist dafür freilich die Stärkung zivilgesellschaftlicher Eigenkräfte, die sich viel stärker als bisher ihren eigenen Angelegenheiten annimmt. Die Reduzierung des staatlich regulierten sozialen Versorgungssystems ist damit folgerichtig verbunden. Walzer spricht sogar von der "Vergesellschaftung des Sozialstaats". Gleichzeitig aber wenden sich die Kommunitaristen entschieden gegen die Gefahren eines entfesselten Kapitalismus, dessen Begrenzung sie sich weniger von einer Stärkung staatlicher Normierungen als durch die Bändigung in einer starken und solidarischen Gesellschaft aktiver Individuen erhoffen.

Zivilgesellschaft als strategisch-handlungsleitendes Projekt

»Zivilgesellschaft« als Bezugspunkt und Handlungsorientierung politischer Praxis in den vergangenen zwei bis drei Jahrzehnten ist eng verknüpft mit dem Kampf gegen totalitäre Staatsapparate in Ost- und vor allem Mitteleuropa. Das Scheitern sozialistischer und reformkommunistischer Alternativen zu den Staatsdiktaturen in den osteuropäischen Ländern – markiert durch die Niederlage der ungarischen Revolution von 1956, den verschiedenen gescheiterten polnischen Anläufen in den 60er Jahren und die militärische Niederschlagung des »Prager Frühlings« 1968 – hat den oppositionellen Kräften diesen Weg innerer Reform versperrt. Aus diesem Scheitern ist das Projekt »Zivilgesellschaft« als praktische Alternative entstanden.

Ab den späten 70er und vor allem in den 80er Jahren wurde die »zivile Gesellschaft« für mittelosteuropäische Dissidenten, Intellektuelle und Bürgerbewegungen zum Gegenbegriff für die totalitären Staats- und Parteidiktaturen, wie »civil society« für das entstehende Bürgertum im 17. und 18. Jahrhundert zum Kampfbegriff gegen den absolutistischen Staat geworden war. In Samisdatveröffentlichungen und halb geduldeten, halb illegalen Kunstprojekten, privaten Zusammenreffen und nichtstaatlichen Vereinigungen, der *Charta 77* und der *Solidarnosc*, in kirchlichen Umweltgruppen und halb privaten, halb öffentlichen Literatur-, Musik- und Künstlergruppen bildeten sich ein Netz von autonomen Assoziationen heraus. Von Warschau, Prag und Budapest bis zu den Montagsdemonstrationen auf dem Leipziger Altstadttring 1989 entwickelten sich zivile Strukturen jenseits der staatlichen und Parteiorganisationen heraus.

Im Unterschied zur Opposition in den 50er, 60er und frühen 70er Jahren hatten die Bürgerbewegungen der späten 70er und der 80er Jahre ihren Ort außerhalb von Partei und Staat.

Sie betrieben, wie ein Buch György Konrads aus der damaligen Zeit hieß, »Antipolitik«. Es war eine politische Strategie jenseits umstürzender Revolutionen und systemimmanenter Reformen, mit der dem Staat Handlungsspielräume abgetrotzt und gleichzeitig die Differenz zwischen Gesellschaft und Staat institutionalisiert wurde. Diese »selbstbegrenzende Revolution« (Adam Michnik) hat den Umbruch in Mittel- und Osteuropa und das Ende der realsozialistischen Staatsdiktaturen vorbereitet und mit herbeigeführt.

Gleichzeitig zeigt aber die gegenwärtige Entwicklung zehn Jahre nach dem Umbruch, dass es bislang eher ein Konzept für das »Vorher« aber noch keines für das »Nachher« ist. Die »zivile Gesellschaft« der Bürgerbewegungen Mittelosteuropas steht für eine erfolgreiche Strategie des Umbruchs, aber nicht für den Umbau totalitärer Staaten in zivile, demokratisch verfasste Gesellschaften. Für die Transformationsprozesse reicht die Institutionalisierung der Differenz von Staat und Gesellschaft durch den Aufbau ziviler Strukturen anscheinend nicht aus.

Durch die Impulse der Bürgerbewegungen in den mittel-osteuropäischen Ländern erfuhr das politische Konzept »Zivilgesellschaft« auch in den westeuropäischen Ländern einen erheblichen Aufschwung.

Bewegungen und Intellektuelle, die die oppositionellen Bestrebungen in Mittelosteuropa unterstützten oder zumindest ihnen wohlwollend gegenüberstanden griffen dieses mutige Eintreten für demokratische Rechte und Zivilgesellschaft auf. Dazu gehörten einige Vertreter sozialdemokratischer und konservativer Parteien, wobei sich die großen Parteien in der Unterstützung von Dissidenten vor allem dann zurückhielten, wenn sie in Regierungsverantwortung waren. In der undogmatischen Linken, den damaligen eurokommunistischen Parteien und Teilen der sozialen Bewegung einschließlich ihrer politischen Vertretungen in Gestalt der »grünen Parteien« wurde eine strategische Orientierung unter der Bezeichnung »Zivilgesellschaft« entwickelt. Hierin gingen Impulse der mittelosteuropäischen Bürgerbewegungen ebenso ein wie der Aufbau von Gegenstrukturen und Gegenöffentlichkeit durch die Alternativbewegungen und politisch-kulturelle Projekte. Einen wichtigen theoretischen Bezugspunkt für einen Teil dieser praktischen Ansätze bildeten die Überlegungen und Analysen Antonio Gramscis. Aber auch Habermas Rekurs auf die bürgerlich politische Öffentlichkeit, Hannah Arendts Revitalisierung des Polisgedankens und des zivilen Ungehorsams, stand ebenso Pate wie Michel Foucaults oder Ulrich Becks Überlegungen zur »Subpolitik«. Beeinflusst wurden diese Entwürfe auch durch radikaldemokratische Ausarbeitungen französischer Theoretiker wie die Vorstellung politischer Selbstregierung, die der französisch-griechische Philosoph Cornelis Castoriadis entwickelte. (Rödel, Frankenberg, Dubiel)

Die Vorstellung von der »Zivilgesellschaft« wurde dabei zwar für manchen westlichen Linken zum »utopischen Nachfolgeprojekt der sozialen Revolution« (Helmut Dubiel). Aber jenseits dieses wenig ausgearbeiteten »Prinzips Hoffnung« entwickelten sich in den 70er und 80er Jahren eine Vielzahl und Vielfalt von gesellschaftlichen Lebens- und Arbeitszusammenhängen, von Bürgerinitiativen und Alternativbetrieben, Kulturprojekten und Gegenöffentlichkeiten, von Netzwerken und Selbsthilfegruppen, sozialen Initiativen und politischen Assoziationen, die neue Orte politischer Partizipation und Willensbildung sowie gesellschaftlicher Selbstorganisation jenseits von Markt und Staat bilden. Als solche sind sie Ausdruck zivilgesellschaftlicher Vorstellungen, wie sie im Umfeld der sozialen Bewegungen, grün-alternativer Parteien und der undogmatischen Linken formuliert wurden. Einiges an diesen Impulsen ging, ähnlich wie es bei der ökologischen Problematik war, in den allgemeinen politischen Diskurs ein. Anderes blieb ohne Nachhall oder verschwand in wirkungslosen Subkulturen, die sich immer mehr zurückzogen und schließlich auflösten.

Wiederaneignung von Demokratie und Sozialem als politisches Aufgabenfeld

Wir haben versucht, aus drei Blickwinkeln die kursierenden Vorstellungen über Bürgergesellschaft näher zu beschreiben:

- Aus der Sicht parteipolitischer Strömungen, die natürlich jeweils eigenen Denktraditionen verpflichtet sind: der christlichen Lehre der Nächstenliebe, den Solidaritäts- und Gerechtigkeitsvorstellungen der Arbeiterbewegung, dem Wirtschaftsliberalismus oder der Alternativ- und Selbsthilfebewegung der 70er Jahre;
- aus der Sicht der philosophischen Aufklärung und der neuzeitlichen politischen Philosophie. Selbstverständlich wurde hier viel weggelassen, unter anderem Kants Idee der Aufklärung als "Ausgang des Menschen aus selbst verschuldeter Unmündigkeit" oder Rousseaus Konstrukt eines gesellschaftlichen Allgemeinwillens, der die politische Sphäre des Staates konstituiert und legitimiert. Dies hätte sicher auch als Ausgangspunkt einer Begründung von Bürgergesellschaft dienen können.
- Und schließlich aus der Sicht der neuen sozialen Bewegungen Ost- und Westeuropas, die mit unterschiedlichen Zielen das traditionelle politische Gefüge in Unruhe brachten und neu belebten.

Diese historischen Betrachtungen helfen uns, festzustellen, in welchem Beziehungsgeflecht die Bürgergesellschaft systematisch verortet ist, welche Beziehungsmuster sie mit anderen Bereichen gesellschaftlicher Wirklichkeit verbindet, und wie diese Beziehungsmuster ausgestaltet werden müssen. Denn es ist klar: Eine Bürgergesellschaft kann nicht durch bloße moralische Appelle leben: Sie muss sich in der Realität anderer gesellschaftlicher "Subsysteme" widerspiegeln, um auf Dauer bestehen zu können. Diese Gesamtsicht kann uns erst die richtigen Ansatzpunkte für politische Maßnahmen geben.

Aus den gegenwärtigen Diskussionen lassen sich folgende wichtige Beziehungsmuster der Bürgergesellschaft herausstellen:

- **Bürgergesellschaft und Markt/Wirtschaft:**

Im Gegensatz zu neoliberalen Vorstellungen gründet die Idee der Bürgergesellschaft auf einer autonomen, von kommerziellen Zweckvorgaben freien Sphäre, die sich durch freiwillig eingegangene soziale und kulturelle Kontakte, Beziehungen und langfristige Bindungen unabhängiger Individuen auszeichnet. Ohne diese grundsätzliche Annahme wäre die Rede von einer Bürgergesellschaft sinnlos. Dies bedeutet natürlich nicht, dass Bürgergesellschaft dem großen Bereich der Wirtschaft diametral entgegengesetzt wäre. Im Gegenteil: Wissenschaftler wie *Annette Zimmer* betonen zurecht, dass die Bürgergesellschaft ihre eigenen ökonomischen Grundlagen in jenem sogenannten Dritten Sektor besitzt, der gegenüber anderen wirtschaftlichen Sphären keiner Profitorientierung unterliegt. In dieser umfassenden volkswirtschaftlichen Sichtweise werden der öffentliche, der privatwirtschaftliche und der Non-Profitsektor voneinander unterschieden und nach ihren Schnittflächen und Beziehungen untersucht. Vor allem die aktuellen Diskussionen um das Stiftungsrecht machen deutlich, wie wichtig es ist, diese Zusammenhänge genau unter die Lupe zu nehmen.

Es gibt noch weitere Beziehungsgeflechte zwischen Wirtschaft und Bürgergesellschaft, die derzeit heiß diskutiert werden. So scheint innerhalb der Wirtschaft eine neue qualifikatorische

Ausrichtung der Mitarbeiter an den sogenannten 'soft skills' immer wichtiger zu werden: Soziale Kompetenz und Kommunikationsfähigkeit, Agieren in unterschiedlichen sozialen Kontexten gehören neben den fachlichen Fähigkeiten zu den anerkannten Schlüsselqualifikationen. Außerdem merken auch die Global Player unter den Firmen, dass ihre Verankerung im lokalen Umfeld an Bedeutung zunimmt und einen hohen Stellenwert bei der Mitarbeiterzufriedenheit, vor allem der begehrten Facharbeiterschaft, spielt. Aus diesem Grund haben sich neue Formen sozialen und kulturellen Engagements herausgebildet, wie etwa der Austausch von Personal vom profitorientierten Bereich in den Non-Profitsektor. Projekte wie 'Seitenwechsel' in der Schweiz oder 'Switch' in München, die patriotische Gesellschaft in Hamburg, die Unternehmenspersonal in gemeinnützige Einsatzfelder vermittelt, spielen hierzulande die Vorreiter einer Idee, die in den Niederlanden, Großbritannien oder den USA schon weit verbreitet ist.

- **Bürgergesellschaft und Erwerbsarbeit:**

Kritische Ökonomen mahnen schon seit Jahren, den gesellschaftlichen Reichtum nicht mit dem durch Erwerbsarbeit und Kapital geschaffenen Bruttosozialprodukt gleichzusetzen. Vieles, was darin eingeht, mehrt den Wohlstand nicht. Wenn wir Müll vermeiden oder Energie einsparen, dann wirkt sich das negativ auf die Wachstumskurven, aber keineswegs auf unsere Lebensqualität aus. Die Fixierung auf das Bruttosozialprodukt hat aber noch einen weiteren gravierenden Nachteil. Wir sehen nicht, dass unser gesellschaftlicher Reichtum auch von Tätigkeiten gebildet wird, die in den Wirtschaftskreislauf gar nicht eingehen. Dazu gehören Arbeiten in der Familie und im Haushalt, Nachbarschaftshilfen, ehrenamtliches Engagement und vieles mehr. Erst diese Ökonomie des ganzen Hauses gibt den Blick auf die wirklichen Wurzeln unseres Wohlstands frei. 1994 errechnete das Familienministerium, dass sich das Bruttoinlandsprodukt um ein Drittel erhöhen würde, wenn man die unbezahlte Arbeit in Familie, Haushalt oder Ehrenamt mit nur dem Nettostundensatz einer Hauswirtschafterin bewerten würde.²

Diese ganzheitliche, volkswirtschaftliche Betrachtung erweitert das Blickfeld und lockert die gesellschaftliche Fixierung auf die Erwerbsarbeit. Die Ökonomie zweckbestimmter Erwerbsarbeit wird mit unbezahlter Haus- und Eigenarbeit und autonomen Tätigkeiten kombiniert. Unter diesen versteht der französische Sozialphilosoph André Gorz Aktivitäten, die als Selbstzweck, als Bereicherung der Persönlichkeit, und als Quellen von Sinn und Freude erfahren werden: »künstlerische, philosophische, wissenschaftliche Tätigkeiten; solche zwischenmenschlicher Beziehung, Erziehung, freiwilliger Nächstenliebe; Tätigkeiten gegenseitiger Hilfe und Tätigkeiten der Selbst-Bildung.« (Andre Gorz, 1994, S. 311);

Dass dieser Befund der zunehmenden Lockerung und Auflösung der Grenzen zwischen Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und bürgerschaftlichen Engagement richtig ist, kann man derzeit auch ganz praktisch verfolgen, zum Beispiel an der Diskussion um die Aufwandsentschädigungen bei der freiwilligen Feuerwehr. Es gibt mittlerweile Ehrenämter, die besser belohnt werden als viele 630 DM Jobs. Eine Führungskraft bei der freiwilligen Feuerwehr erhält bis zu 2.000.- DM Aufwandsentschädigung im Monat. In Baden-Württemberg wird jeder freiwillige Feuerwehrmann mit einer Aufwandsentschädigung von

² Orio Giarini/Petrick M. Liedtke (1997): *Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome.* München: Heyne, S. 164

17.- DM pro Stunde belohnt. Damit wird es schwieriger, die Grenzen zwischen Ehrenamt und Erwerbsarbeit genau zu ziehen. CDU und CSU haben aus Anlaß des Streits um die Aufwandsentschädigungen bei der Feuerwehr mittlerweile einen Gesetzentwurf eingebracht, wonach die Wahrnehmung der Ehrenämter nicht als Beschäftigung im Sinne des Sozialgesetzbuches gelten soll. (BT-Drucksache 14/2989). Demnach würde eine Aufwandsentschädigung wieder von der Sozialversicherungspflicht befreit, wie es derzeit das sog. 630.- DM Gesetz vorschreibt.

Diese Grenzverwischung zwischen Ehrenamt und Erwerbsarbeit ist aber nur ein Symptom tiefgreifender Entwicklungen. Der durch die Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen, vor allem durch Ulrich Beck, geprägte Begriff der „Bürgerarbeit“ hat vor allem deshalb so große öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen, weil er das Verhältnis der Veränderung unserer auf Erwerbsarbeit beruhenden Gesellschaft zur Perspektive einer Zivilgesellschaft in den Blick nimmt. Der Kommissionsbericht stellt unmißverständlich fest, dass wir von der Vorstellung einer Vollerwerbsgesellschaft mit festen Arbeitsplätzen und festen Karrieremustern Abschied nehmen müssen. Um aber die negative Zukunftsvorstellung einer Gesellschaft nicht Wirklichkeit werden zu lassen, in der nur noch wenige Privilegierte über feste Arbeitsplätze verfügen, während sich die große Mehrheit mit unsicheren Beschäftigungen durchschlagen muss, schlägt die Kommission unter anderem vor, die Nachfrage nach Arbeitsplätzen und bezahlter Arbeit zu verringern und das bestehende Arbeitsvolumen gleichmäßiger zu verteilen. Dazu gehören zum Beispiel Vorruhestandsregelungen, Sabbaticals und vor allem die massive Einführung von Teilzeitarbeit. Im Hinblick auf diese tiefgreifende Veränderung geht es darum, Bürgerarbeit als sinnvolle und attraktive Alternative jenseits der Erwerbsarbeit zu etablieren. In seinem neuen Buch "Die Zukunft von Arbeit und Demokratie" hat Ulrich Beck vor allem diesen Aspekt hervorgehoben. Bürgerarbeit muß vor allem deshalb attraktiv werden, weil die einseitige Ausrichtung unserer Gesellschaft auf die bezahlte Erwerbsarbeit in eine historisch verhängnisvolle Sackgasse führe. Die Gleichung Erwerbsarbeitslosigkeit=Arbeitslosigkeit stimmt nicht. Eine zukünftige Gesellschaft muß vielmehr Mischformen an Tätigkeiten bereitstellen. Das Leben jedes Einzelnen wird eine Mischung aus (Teilzeit-)erwerbsarbeit, Bürgerarbeit, Familien- oder häuslicher Arbeit, Selbstbildung und Muße sein.

Letztlich ist mit dieser Variante von Bürgerarbeit ein weitreichender Gesellschaftsentwurf beschrieben, der die Fixierung unseres Lebens auf Erwerbsarbeit auflösen will. Es geht um eine gemischte Tätigkeitsgesellschaft, in der Erwerbsarbeit nicht mehr die alles beherrschende Richtinstanz über den Wert oder Unwert der Existenz von Menschen ist.

- **Bürgergesellschaft und Privatsphäre**

Das bürgerschaftliche Engagement ist sicher der Kern der sogenannten Zivilgesellschaft. Die sozialen und kulturellen Bedingungen, in denen sich Menschen zur Initiative entschließen, können ihre privaten Motive fördern und realisieren helfen oder sich ihnen entgegenstellen. Finden sie für ihre Engagementbereitschaft günstige „Gelegenheitsstrukturen“ (Keupp) vor? Fühlen sie ihre Fähigkeiten am richtigen Ort und zur richtigen Zeit effektiv eingesetzt oder verpufft ihr guter Wille im bürokratischen Hohlraum erstarrter Wohlfahrtsorganisationen?

Seit vor etwa einem Jahrzehnt die Klage vieler traditioneller Verbände öffentlich vernehmbar wurde, das Ehrenamt stecke in einer tiefen Krise, immer weniger, vor allem junge Menschen würden sich von gemeinwohlorientierten Tätigkeiten zurückziehen, wurde das Verhältnis

privater Motive und gesellschaftlicher Gelegenheitsstrukturen freiwilligen Engagements umfassend untersucht. Eindeutiger Befund dieser Untersuchungen: Die Menschen sind nicht egoistischer geworden und ziehen sich deshalb in die Privatsphäre zurück. Allerdings hätten sich die Motive verändert. Die sogenannten Selbstentfaltungswerte würden gegenüber den traditionellen Pflichtorientierungen des klassischen Ehrenamtes immer wichtiger (siehe *Heinze/Strünck*). Folgerichtig müsste über neue Arrangements von Gelegenheitsstrukturen nachgedacht werden. Der breite Individualisierungsprozess, der unsere Gesellschaft durchdringt, löst traditionelle und unverbrüchliche „Ligaturen“ zu Großgruppen und Weltanschauungen immer mehr auf. Wenn Menschen heute danach fragen, was für sie persönlich der Gewinn eines Engagements darstellt, ob es ihnen Freude bereitet, ihre Fähigkeiten entsprechend berücksichtigt, zu ihrer Selbstbestätigung beiträgt, so sind dies gewiss legitime Überlegungen. Sie verweisen weniger auf eine Krise des Individuums als des sozial- und kulturpolitischen Feldes, in dem es agiert. Während wir nach 19945 in der Aufbauzeit, eine ungeheure Welle bürgerschaftlichen Engagements erlebten, scheint dieses in den 60er und 70er Jahren auch deshalb zurückgegangen zu sein, weil eine damals massive Welle der Professionalisierung sozialer und kultureller Arbeit anhub und bestehende Freiräume des Engagements reglementierte. Heute ist die Caritas der mit Abstand größte private Arbeitgeber in Deutschland, weit vor Siemens und DaimlerChrysler. Diese Entwicklungen aber haben das bürgerschaftliche Engagement auch vieler Gelegenheitsstrukturen beraubt. Der ehrenamtliche Vorstand wird in dem Maße dysfunktional wie komplizierte Personalentscheidungen anstehen und ein Millionenumsatz verwaltet werden muss. Also nahm die Rolle des bezahlten Geschäftsführers an Bedeutung zu. Heute kommt es darauf an, die Gelegenheitsstrukturen bürgerschaftlichen Engagements wieder zu vergrößern in einer Arbeitsumwelt, die von abnehmender Vollerwerbsarbeit, zunehmender Teilzeitarbeit und Gelegenheitsbeschäftigung geprägt ist. Entsprechend entstehen neue Konflikte wie die Angst der Erwerbsarbeiter, ihre Arbeit würde durch ehrenamtliche Tätigkeit substituiert. Auf der anderen Seite wächst angesichts voranschreitende Individualisierung die Bedeutung der ‚biografische Passung‘ zwischen Engagementmotiv und Einsatzfeld. Dies alles erfordert einen wesentlich höheren Koordinationsaufwand des bürgerschaftlichen Engagements als in jener Schwundstufe sozialer und kultureller Arbeit, die sich einseitig an ihrer Professionalisierung ausgerichtet hat. Andere Länder, wie die USA oder die Niederlande (Siehe *Heize/Strünck*), sind in diesen Überlegungen wesentlich weiter und entwickelten schon vor Jahrzehnten ein „Volunteer-Management“ das sich dieser Schnittstellen annimmt.

- **Bürgergesellschaft und Öffentlichkeit**

Öffentlichkeit, vor allem die Öffentlichkeit der Stadt als derjenigen sozialen Lebensform, die mit dem Begriff des Bürgers untrennbar verbunden ist, hat in der Formulierung Kulturpolitik in den letzten drei Jahrzehnten vor allem in der kommunalen Kulturpolitik eine wichtige Rolle gespielt. (siehe *Meyer, Becker-Birck, Röhl*). Urbanität war der entscheidende Begriff: Die tragenden Schichten kultureller Öffentlichkeit waren traditionell das Bürgertum, das an den öffentlichen Belangen der Stadt teilnimmt, und das proletarische Milieu, das vor allem in den Randbezirken und Vorstädten eine eigene, von Solidarität und gegenseitiger Hilfe gestützte Lebenswelt errichtet. Diese Milieus schufen sich, wie wir gesehen haben, ihre eigenen Orte: Das Theater, den Gemeindesaal, das Bürger- oder Volkshaus.

Schon in den 60er Jahren werden allerdings Zweifel an einer Fortsetzung dieser Verhältnisse laut. Alexander Mitscherlichs These von der wachsenden »Unwirtlichkeit der Städte«

verweist auf die Tatsache der Zersiedelung und Zerstörung der öffentlichen Räume. Soziologen haben auf die unaufhaltsame Auflösung der bürgerlichen und proletarischen Trägermilieus hingewiesen. Die Stadt zerfranst an ihren Rändern, sie wuchert in das Land. Ein neuer Mittelstand erobert die Randgebiete und bildet Lebensweisen heraus, die das Zentrum der Stadt nicht mehr als Bezugspunkt, sondern nur noch als notwendigen Arbeits- oder Einkaufsort nutzen. Im Gegenzug veröden und verarmen die Innenstädte, vor allem wenn auch noch die Arbeits- und Einkaufsfunktionen an das Umland verloren gehen.

Gegen diese Tendenzen wandte sich die Revitalisierung der öffentlichen Orte und demokratischen Funktionen, die der *Deutsche Städtetag* und die Neue Kulturpolitik seit Anfang der 70er Jahre verfolgten. Sie erweiterten das Verständnis kultureller Öffentlichkeit: Nicht nur das zentral gelegene Theater, sondern der Stadtteil mit seinen eigenen Öffentlichkeiten wird zum Gegenstand kulturpolitischer Strategien.

Am Beginn des neuen Jahrhunderts stellt sich allerdings die Frage, ob dieser Ansatzpunkt noch tragfähig ist. Telearbeitsplätze, Teleshopping und Telebanking machen eine isolierte Einheit von privatem Wohnen und Arbeiten möglich und schaffen die Formen virtueller Öffentlichkeit, die alte, urbane Funktionen des Zusammenlebens scheinbar überflüssig machen. Es entstehen viele zersplitterte Teilöffentlichkeiten, die sich auf die Stadt als ihren logischen Bezugspunkt gar nicht mehr beziehen. Es wird für die Zukunft der Bürgergesellschaft entscheidend sein, wie ihre Orte, ihre Arenen, in denen sie lebt, und an denen sie sichtbar wird, ausgestaltet sein müssen. Vor allem die Kulturpolitik ist aus ihrer Denktradition und ihrer Aufgabenstellung heraus gefordert, diese Kristallisationspunkte für Zivilgesellschaft zu schaffen.

- **Bürgergesellschaft und Staat/Politik**

„Aufgabe der Politik ist es nicht, die Gesellschaft zu bedienen, sondern sie zu aktivieren...Nur wer Menschen etwas zutraut, kann ihnen helfen, kann soziale Probleme lösen und die soziale Qualität des Gemeinwesens verbessern. (Dettling, zitiert nach Keupp, 41f.). Warnfried Dettlings Problembeschreibung ist, wie wir schon sahen, in vielen politischen Parteien in der Diskussion. Insgesamt geht es auch in der Kulturpolitik um eine Neudefinition staatlicher Aufgaben in einem unübersichtlicher gewordenen Feld privater und gemeinnütziger Akteure (siehe *Sievers*). Neue Arrangements der Leistungserbringung und Finanzierung sozialer und kultureller Aufgaben bedürfen anderer Rahmenvereinbarungen, für die der Staat die gesetzlichen Grundlagen schaffen muss. Im Bereich des Stiftungsrechts sind die ersten Marken gesetzt, eine umfassende Neubewertung des aktivierenden Staates im Hinblick auf die Förderung bürgerschaftlichen Engagements können wir von der nun arbeitenden Enquetekommission (siehe *Bürsch, Evers, Zimmermann*) erwarten. Sie wird hoffentlich nicht nur dazu dienen, die vielen kleinen Hemmnisse bürgerschaftlichen Engagements aufzulisten und vielleicht zu beseitigen, die in verschiedenen Gesetzen und Verordnungen existieren, sondern auch wichtige Hinweise auf eine veränderte Gesamtsicht staatlichen Handelns liefern. Das nun vorliegende Jahrbuch Kulturpolitik soll auch als Plattform verstanden werden, die Rolle, die Aufgaben und die Desiderate einer aktivierenden Kulturpolitik zu konkretisieren. Gerade der Kulturbereich ist aus seiner Geschichte und seinem Selbstverständnis heraus schon immer der Ort bürgerschaftlicher Selbstgewisserung gewesen. Insofern kann das politische Projekt der Bürgergesellschaft auf einem stabilen kulturellen Fundament aufbauen.

2. Teil: Bürgerschaftliches Engagement im Kulturbereich

Stellt man sich eine beliebige Stadt vor und es gäbe im dortigen Kulturbereich keine unentgeltlichen Aktivitäten wie sie mit Begriffen »Ehrenamtliche Tätigkeit«, »Freiwilligenarbeit« oder »bürgerschaftliches Engagement« je nach Tradition und Verständnis beschrieben werden, dann wäre das Kulturangebot sehr ausgedünnt und die Kulturlandschaft viel weniger vielfältig.

Im **Museum** fänden nur eingeschränkt Führungen statt, die museumspädagogische Betreuung würde weitgehend ausfallen, der Museumshop wäre verwaist. Die **Ausstellung** zeitgenössischer Kunst des Kunstvereins gäbe es nicht. In den **Bibliotheken** fielen die Besuchereinführungen ebenso weg wie die Vorlesenachmittage für die Kinder. Für die aufsuchende Bibliotheksarbeit in Krankenhäusern und Altenheimen fehlten die Kräfte, die Bücherbasare fielen aus und kleine Bibliotheksbranchstellen im Stadtteil wären inzwischen geschlossen. Im **Städtischen Theater** kämen manche Stücke nicht zur Aufführung, da die Mittel aus den Sponsoringaktivitäten, den Spendesammlungen und dem Fundraising des Theaterfreundeskreises fehlten und ohne Besucherringe kämen weniger Zuschauer.

In **Bürgerhäuser, Soziokulturzentren und Kulturläden** wäre die Programmvielfalt eingeschränkter, die Veranstaltungswerbung reduziert und die Veranstaltungskosten wären erheblich höher. Arbeitskreise würden nicht stattfinden und manche Arbeiten liegen bleiben. Ohne das Engagement der Eltern wäre die **Musikschule** wahrscheinlich nicht entstanden und ohne den Trägerverein und aktive Elternmitwirkung könnte sie nicht existieren. Das **Literaturhaus** gäbe es ohne die Bürgerinitiative nicht und sein Betrieb wäre ohne das Engagement des Fördervereines nicht aufrecht zu erhalten.

Diese und eine Vielzahl weiterer Tätigkeiten werden in Kultureinrichtungen in kommunaler oder freier Trägerschaft vielfach durch unentgeltliches ehrenamtliches Engagement wahrgenommen. Hinzu kommt die große Zahl der **Musik- und Heimatvereine**, die **Literaturkreise** und **interkulturellen Vereine**, die die Möglichkeit zur aktiven Mitwirkung am kulturellen Leben bieten und die nahezu vollständig ehrenamtlich getragen werden.

Wenden wir den Blick von der Stadt ins **Land** wird die Bedeutung ehrenamtlichen Engagements für das Kulturleben noch um vieles deutlicher. Eine Reihe von Einrichtungen, die in den Städten hauptamtlich betrieben werden, basieren dort weitgehend auf ehrenamtlicher Arbeit. Das betrifft die Aktivitäten der **Volkshochschulen** und **Bibliotheken**, die **Denkmal-, Heimat- und Kulturpflege**, die Trägerschaft von **Heimattuben, Geschichtsmuseen, Kulturtreffs, und Kunstgalerien**. Auch die Organisation von **Lesungen, Kulturveranstaltungen und Kunstgalerien** findet hier weitgehend auf privater Basis statt. Und natürlich spielt hier das **kulturelle Vereinswesen** eine noch größere Rolle als in den Städten.

Wie diese kleine Aufzählung deutlich macht, wird durch ehrenamtliche Tätigkeiten, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagements³ ein großer und wichtiger Teil der kulturellen Angebote getragen und aufrecht erhalten.

3 Im Folgenden werden die Bezeichnungen »Ehrenamt«, »Freiwilligenarbeit« und »bürgerschaftliches Engagement« synonym benutzt, obwohl sie auch durchaus unterschiedliche Bedeutungen haben können. Schon mit dem Wort »**Ehrenamt**« werden sehr unterschiedliche Formen unentgeltlicher Arbeit bezeichnet, etwa jene Tätigkeiten, die aus sozialer Verantwortung, Nächstenliebe und Solidarität wahrgenommen werden. Gegenüber diesen, in der Literatur als »**altes Ehrenamt**« bezeichneten Tätigkeiten, zeichnet sich das »**neue Ehrenamt**«

In der – allerdings nicht streng repräsentativen – Umfrage des erwähnten Projektes zur ehrenamtlichen Arbeit im Kulturbereich des *Instituts für Kulturpolitik* der *Kulturpolitischen Gesellschaft* haben 89 Prozent der 98 befragten Kultureinrichtungen in Frankfurt/Oder, Nürnberg und Osnabrück angegeben, mit ehrenamtlich Tätigen zusammenzuarbeiten. Bei einer Vergleichsbefragung aller Kultureinrichtungen in Halle/Saale lag der Anteil bei den 90 Kulturinstitutionen, die geantwortet haben, bei 88 Prozent.

Das große Engagement von freiwillig, ehrenamtlich Aktiven in Kultureinrichtungen und Kulturprojekten schlägt sich auch im relativ hohen Anteil ehrenamtlichen Engagements im Kultursektor gegenüber anderen gesellschaftlichen Feldern nieder. In der repräsentativen Erhebung unter 15 000 Bundesbürgern des *Projektverbundes Ehrenamt* von 1999 liegt der Bereich »Kultur und Musik« mit 5 Prozent ehrenamtlich Aktiven an der Gesamtbevölkerung gleichauf mit dem »kirchlich-religiösen Bereich« auf dem 4. Platz, nach »Sport und Bewegung« mit 11 Prozent und »Schule/Kindergarten« und »Freizeit/Geselligkeit« mit jeweils 6 Prozent. Erst danach folgen der »Sozialbereich« (4 %) und »Politik/politische Interessenvertretung« (ca. 3 %). (siehe *Braun*)

Im Durchschnitt werden nach der Erhebung in den Kultureinrichtungen in den drei genannten Städten des Projektes des *Instituts für Kulturpolitik* ca. 40 Stunden im Monat ehrenamtlich gearbeitet. Die durchschnittliche Monatsarbeitszeit je ehrenamtlich Aktiven beträgt hierbei 10 Stunden. Bei der erwähnten Studie des *Projektverbund Ehrenamt* liegt die durchschnittlich angewandte Zeit pro ehrenamtlicher Tätigkeit bei 14,5 Stunden pro Monat.

Bezogen auf die Entwicklung der Zahl der Engagierten zeigt unsere Befragung in den drei Städten – wie die Ergebnisse der meisten anderen Studien – ein Anwachsen des ehrenamtlichen Engagements. 47 Prozent der befragten Einrichtungen gaben an, dass die Zahl der Engagierten gleich geblieben sei, bei 37 Prozent ist sie gestiegen und lediglich 16 Prozent, das sind 14 von 83 Einrichtungen, stellen einen Rückgang fest.

Die lange Tradition bürgerschaftlichen Engagements in der Kultur

Ehrenamtliches Engagement ist nicht nur ein fester Bestandteil in der Mehrzahl der Kultureinrichtungen, sondern kann zum Teil auf eine sehr lange Tradition zurückblicken. Dabei gab es zwei große Schübe ehrenamtlich-bürgerschaftlichen Engagements.

dadurch aus, dass die unentgeltlichen Aktivitäten stärker mit eigenen Interessen und Bedürfnissen, mit Spaßmachen und Selbstverwirklichung verbunden werden. Hinzu kommen Aktivitäten, die sich auf die ursprüngliche Bedeutung des Begriffs beziehen, ein Amt der Ehre halber übertragen zu bekommen, etwa als Schöffe bei Gericht. Als Ehrenamt werden auch die nicht hauptamtlichen Tätigkeiten im Rahmen eines gewählten Mandates etwa als Stadtverordneter bezeichnet.

Der Begriff »*Freiwilligenarbeit*« kommt aus der angloamerikanischen Tradition des »Volunteering«. Er klingt moderner als die etwas angestaubte Bezeichnung »Ehrenamt« und wird oft für die Aktivitäten verwandt, die auch als »neues Ehrenamt« bezeichnet werden. Anders als bei »Freiwilligenarbeit« liegt die Betonung beim »*bürgerschaftlichen Engagement*« weniger auf den individualistischen Neigungen der Einzelnen als auf Gemeinwohl und Bürgersinn.

Deutlich ist, dass keiner dieser Begriffe trennscharf und eindeutig ist und es zwischen ihnen große Überschneidungen gibt. Zugleich sind die Traditionen, Formen, Motive und Art der Tätigkeiten unentgeltlicher Mitwirkung sind zwischen den Sparten und Kulturarten zu unterschiedlich, als dass eine klare Unterscheidung und eindeutige Bezeichnungen möglich wären.

Der **erste** fand mit der Herausbildung der bürgerlichen Gesellschaft statt. Mit Beginn des 19. Jahrhunderts bildeten Salons, Lesegesellschaften und Kunstvereine, öffentliche Kunstmuseen, Bürgerbibliotheken und Konservatorien, die von den Bürgern ins Leben gerufen und von ihnen getragen wurden, zentrale Konzentrationspunkte des kulturellen städtischen Lebens. Dabei waren Kunst und Kultur zentrale Medien der Selbstverständigung und Orte des geselligen Lebens des entstehenden und an die Macht strebenden Bürgertums. Sie dienten dem Bürgertum zur Kritik am Alten und zur Abgrenzung nach unten.

Die mit dem Bürgertum entstandene Klasse der Arbeiter schuf sich wie diese eigene Formen und Orte des kulturellen Lebens und der Selbstvergewisserung. Arbeiterbildungsvereine und proletarische Gesangsvereine, Volksbühnenbewegung und Volksbibliotheken traten neben die Kultureinrichtungen des Bürgertums und die staatlichen Kulturinstitutionen des alten Regimes.

Durch bürgerschaftliches Engagement und genossenschaftliche Selbstorganisation entstand so ein Großteil der heutigen Kultureinrichtungen, die sich eine Zeitlang in einem organisatorischen Zusammenwirken von privaten und öffentlichen Initiativen weiterentwickelt haben und deren Trägerschaft mit der Zeit in die öffentliche Hand überging. Trotz späterer Kommunalisierung vieler Kultureinrichtungen sind vielfach Elemente dieses frühen bürgerschaftlichen und genossenschaftlichen Engagements noch erhalten.

Den **zweiten Schub** bildeten die neuen Formen von Kulturangeboten und Kultureinrichtungen, die sich in Westdeutschland mit der kulturpolitischen Reformbewegung ab den frühen 70er Jahren herausgebildet haben und die auch nach der Wende in den ostdeutschen Kommunen entstanden sind. Unter dem Motto »Kultur für alle« und »Bürgerrecht Kultur« wurden soziokulturelle, freie, alternative Kulturinitiativen und -projekte aufgebaut mit anderen Strukturen und Arbeitsweisen als die traditionellen Kultur- und Kunstinstitutionen.

Mit diesem soziokulturellen Aufbruch in den 70er Jahren begann eine Revitalisierung bürgerschaftlicher Aktivitäten im Kulturbereich in neuer Form. Stadtteilkulturaktivitäten, soziokulturelle Zentren, Freie Theatergruppen, Kinder- und Jugendkulturarbeit, kulturpädagogische Projekte sind Beispiele dieser Kulturbewegung. Entstanden sind diese neuen kulturellen Aktivitäten und Angebote aus freiwilligen Zusammenschlüssen von Interessierten, aus Bürgerinitiativen, Nachbarschaftsgruppen, der Alternativbewegung und politischen Projekten. Dabei wurde auch teilweise auf Erfahrungen bürgerschaftlichen Kulturengagements und kultureller Ansätze der Arbeiterbewegung zurückgegriffen.

(Auch wenn es in der kulturpolitischen Entwicklung in der DDR zu dieser Zeit eine in manchen Aspekten vergleichbare Umorientierung gab, war diese nicht mit der soziokulturellen Öffnung jener Jahre in der Bundesrepublik vergleichbar. Bezogen auf Freiwilligenarbeit und »Ehrenamt« – ein Begriff, den es im *Kulturpolitischen Wörterbuch* der DDR nicht gab – sehen die historischen Traditionslinien und die kulturpolitische Praxis in der DDR erheblich anders aus als in der Bundesrepublik und bedürfen einer eigenen Betrachtung, die u.a. die Kulturhaus-Tradition, das künstlerisch-kulturelle Zirkelwesen, die gewerkschafts- und Betriebskulturaktivitäten und andere Formen kultureller Breitenarbeit umfassen müsste.)

Tätigkeiten und Formen ehrenamtlichen Engagements in der Kultur

Die Einsatzfelder der freiwillig-ehrenamtlichen Tätigen im Kultursektor sind sehr unterschiedlich. Untergliedert nach Trägerschaft und Organisation der Einrichtung lassen sich sechs verschiedene Typen unterscheiden:

- 1) Vereine und Einrichtungen, die ehrenamtlich getragen werden;
- 2) Kultureinrichtungen mit hauptamtlichen MitarbeiterInnen in freier Trägerschaft;
- 3) Kommunal und staatlich getragene Kultureinrichtungen;
- 4) Einrichtungen in gemischter Trägerschaften von öffentlicher Verwaltung und privatem Verein;
- 5) Projekte ohne direkten Bezug zu einer kommunalen oder freien Einrichtung;
- 6) Freiwilligenagenturen und Ehrenamtsbüros.
- 7) Bürgerstiftungen

In diesen verschiedenen Organisationstypen in denen freiwilliges Engagement stattfindet werden in unterschiedlichem Ausmaß nahezu alle Arten von Tätigkeiten ehrenamtlich-freiwillig wahrgenommen. Das reicht von Leitungs- und Trägeraufgaben wie Vorstand und Geschäftsführung über die inhaltliche Mitarbeit in Gestalt von Beiratstätigkeiten, Beratungen und Planungsbeteiligung bis zu eigenständig wahrgenommenen Arbeitsfeldern wie die Durchführung von Veranstaltungen, kulturpädagogischen Aktivitäten, Führungen, Lesungen u. ä. Zu diesen Mitwirkungsaktivitäten kommen die verschiedenen Formen der Mit- und Zuarbeit. Das betrifft die Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit ebenso wie Fundraising und Spendensammlungen, Publikations- und Internetmitarbeit ebenso wie die Mitarbeit im Museumsshop oder in der Gastronomie. Hierzu gehören auch das weite Feld der praktischen Unterstützung in Gestalt der Veranstaltungsmithilfe, unterstützender Bürotätigkeiten, technisch-handwerklicher Mitarbeit oder des Plakate Klebens und Handzettel verteilen.

Diese vielgestaltigen Aktivitäten finden in Form von Mitwirkung in einem Kulturverein, einem Trägerverein oder einem Freundeskreis einer Kultureinrichtung, als individuelle Mitarbeit und/oder in einer zeitlich befristeten Initiativgruppe statt.

1. Vereine und Einrichtungen, die weitgehend ehrenamtlich getragen werden

Hierzu gehören beispielsweise etwa Laienchöre und Musikvereine, Amateurtheater, Literaturkreise, interkulturelle Vereine sowie kleinere Kulturverbände auf regionaler oder Landesebene ohne hauptamtliche Strukturen. (Vgl. hierzu Deutscher Kulturrat 1996) Die gesamte Arbeit in diesen **Mitgliedervereinen** wird nahezu vollständig ehrenamtlich betrieben. In einigen Fällen wird ein Hauptamtlicher für die Geschäftsführung eingestellt.

Zum Beispiel der Laienmusikbereich:

Für das Bundesgebiet werden nach dem *Musikalmanach 1999/2000* 2,5 Mio. organisierte Mitglieder für das vokale und 1,9 Mio. Mitglieder für das instrumentelle Laienmusizieren angegeben. Unter Hinzurechnung der knapp 900 000 Mitglieder im Musikschulwesen macht das etwa 5,3 Mio. Amateure, die in organisierter Form Musik betreiben. Hinzuzuzählen sind noch die in der Regel nicht organisierten Rock-, Pop- und Jazzgruppen, die von der Statistik nicht oder nur unzureichend erfasst sind. (Angaben nach Ermert 2000: 171)

In einer ersten für ein Bundesland flächendeckender Studie hat Karl Ermert mit einer Forschergruppe das Amateurmusikwesen von Niedersachsen untersucht. Der Umfang, die Struktur, die Motive und Probleme ehrenamtlicher Arbeit im Laienmusikbereich standen dabei im Mittelpunkt. Erkenntnisse dieser Studie sind u.a., daß Laienmusik auf dem Land erheblich stärker als in städtischen Gebieten verbreitet ist, aber auch daß die Mitgliederzahlen in den

Musikvereinen ansteigen, wobei es stärkere Verschiebungen zwischen den Musikarten gibt. Auf die rund 460.000 Amateurmusiker und -sänger im Verbandsbereich des Landesmusikrats Niedersachsen entfallen etwa 40.000 Ehrenamtliche als Vereins- und Übungsleitung, bei der organisatorischen und technischen Mitarbeit sowie der Nachwuchs- und Jugendbetreuung. Von diesen nehmen 40 Prozent teils im eigenen Verein, teils anderswo weitere Ehrenämter wahr. (Vgl. Ermert 1999, Ermert 2000) Hochgerechnet auf den Laienmusikbereich der gesamten Bundesrepublik wären hier knapp 500.000 Ehrenamtliche aktiv.

Neben den Mitgliedervereinen, deren wesentlicher Zweck die kulturell-künstlerische Betätigung der eigenen Mitglieder ist, gibt es andere Arten ehrenamtlich getragener **Kulturvereine**, deren Hauptzweck es ist, etwas für andere zu organisieren, auszustellen oder aufzuführen. Das kann in Form von Veranstaltungen und Aufführungen stattfinden, etwas durch die Organisation von Lesungen, Musikdarbietungen oder Theateraufführungen oder durch die ehrenamtliche Trägerschaft etwa von Heimatstuben und Geschichtsmuseen, Kulturtreffs und Bürgerhäusern, Kunstgalerien und Stadtführungen.

Bei der Veranstaltungsorganisation wie der Trägerschaft ehrenamtlich betriebener Kultureinrichtungen fallen für die freiwillig Aktiven nahezu alle Tätigkeiten an wie sie auch bei hauptamtlich geführten Kultureinrichtungen oder privatwirtschaftlich organisierten Veranstaltungen notwendig sind.

Zum Beispiel der ehrenamtlich getragene Museumsbereich:

Gerade der Museumsbereich ist ein aussagekräftiges Beispiel der wachsenden Bedeutung ehrenamtlich-bürgerschaftlicher Aktivitäten. In Hessen werden von den ca. 280 Museen, die Mitglied im *Hessischen Museumsverband* sind, 1/3 haupt- und 2/3 ehrenamtlich geleitet. Zwischen 1975 und 1995 hat sich die Zahl der ehrenamtlich geleiteten Museen in Hessen verdoppelt. In Niedersachsen sind von 500 Museen nur 120 hauptamtlich geleitet und in Baden-Württemberg sind es von 1100 Museen lediglich 220. Bezogen auf die Zahl der Beschäftigten geht das *Statistische Bundesamt* davon aus, dass jede/jeder vierte in Museen Aktive ehrenamtlich tätig ist. In den Flächenstaaten ist es etwa die Hälfte. (Vgl. Zimmer 1997, Sartorius 1998)

Das Ziel anderer Vereine ist entweder die Trägerschaft einer hauptamtlich getragenen Kultureinrichtung, beispielsweise eines soziokulturellen Zentrums (Trägerverein) oder die Unterstützung einer hauptamtlich geführten Institution, etwa als »Freundeskreis des Stadttheaters« (Förderverein). Die ehrenamtliche Arbeit besteht hier zum einen in der gesamten Vereinsarbeit, kann aber zum anderen auch zusätzlich die direkte Mitarbeit in der Kultureinrichtung umfassen, mit der der Verein als **Träger- oder Förderverein** verbunden ist.

Nahezu jede hauptamtlich betriebene öffentlich oder frei getragene Kultureinrichtung verfügt heute über einen organisierten Freundeskreis oder einen Förderverein. Teilweise bestehen sie schon sehr lange, manchmal seit Gründung der Einrichtung, teilweise sind sie aber sehr jung und der gegenwärtigen Finanznöte der Stadt- und Staatstheater entstanden.

Zum Beispiel der Förderverein/Freundeskreis des Stadttheaters

Die Patronatsvereine der Stadttheater haben zu aller erst Lobbyfunktion für die Einrichtung. Vor allem gegenüber Wirtschaft und Politik betreiben sie »Friend«- und auch Fundraising. Sie wirken darüber hinaus in die allgemeine kulturelle Öffentlichkeit. Sie organisieren Begleitveranstaltungen zu einzelnen Aufführungen, Vorträge von Theaterleuten und kulturpolitische Diskussionsabenden. Durch gezielte Angebote und Aktivitäten wird besonders versucht, Schüler und Jugendliche für das Theater zu begeistern und an das Theater zu binden.

Zunehmend wichtiger geworden ist aber in Anbetracht der finanziellen Nöte vieler Theater die Aktivitäten der Fördervereine zur Gewinnung zusätzlicher Finanzmittel. Das meint Sponsoringakquise über Beziehungen ebenso wie Spendensammlungen oder die Organisation von Benefizveranstaltungen. Ohne solche Aktivitäten von Theatervereinen wären in einer Reihe von Theatern manche Aufführungen in den vergangenen Jahren nicht auf die Bühne gekommen.

Übersicht 1: Beispiele ehrenamtlicher Tätigkeitsfelder in kulturellen Vereinen.

Einrichtung/Organisation	Art der Tätigkeit Mitarbeit oder Übernahme von
Mitgliedervereine wie Heimat-, Musik- und Interkulturvereine, Literaturkreise sowie Kulturverbände	Alle Vereinsaktivitäten und Funktionen wie Geschäftsführung, Vorstandsarbeit, Organisation und Durchführung der anfallenden Arbeiten
Kulturvereine als Träger kulturelle Veranstaltungen aller Art wie Lesungen, Theateraufführungen, Konzerten, Stadtführungen	Alle Arbeiten der Planung, Organisation und Durchführung von Kulturveranstaltungen wie sie auch bei privatwirtschaftlichen oder hauptamtlich geführten öffentlichen Kultureinrichtungen anfallen.
Träger- und Fördervereine ehren- oder hauptamtlich geführter Kulturinstitute wie Museen, Theater, Kulturtreffs, Bürgerhäuser, Kunstgalerien u. a.	Alle Vereinsaktivitäten sowie bei der Trägerschaft ehrenamtlicher Einrichtungen die meisten Tätigkeiten, die auch in hauptamtlichen Einrichtungen dieser Art gemacht werden, nur auf einer anderen Ebene. Bei den Fördervereinen besteht die wesentliche Arbeit in der materiellen und immateriellen Unterstützung der Einrichtung.
Weitere Felder ehrenamtlicher Arbeit in loser Vereinsform	– Angebote von Kirchenmusik und Kirchenchor – Senioren- und Kinderkulturangebote durch Initiativgruppen

2. Kultureinrichtungen mit hauptamtlichen MitarbeiterInnen in freier Trägerschaft

Auch wenn die Rechtsform hier oft ebenfalls ein »e. V.« ist, so unterscheiden sich diese von den allgemeinen Kulturvereinen dadurch, dass ihr Zweck nicht in kulturellen Aktivitäten der Mitglieder oder in der Unterstützung einer Einrichtung besteht, sondern hier kulturelle Angebote für andere zur Verfügung gestellt werden, die allerdings im Unterschied zu rein ehrenamtlich betriebenen Kulturveranstaltern mit hauptamtlich Beschäftigten arbeiten.

Jugendkunstschulen, Bürgerhäuser, Nachbarschaftsheime und soziokulturelle Zentren, professionelle freie Theatergruppen, Bildungsvereine und kulturpädagogische Projekte gehören hierzu. Diese werden nach einer oft ehrenamtlichen, von einer Bürger- oder Kultur-Initiative getragenen Startphase und einer darauf folgenden Professionalisierung sowohl von haupt- wie ehrenamtlichen Aktiven, Nebenberuflich- und Teilzeitbeschäftigten, von Zivildienstleistenden und ABM-Kräften betrieben. Eine klare Unterscheidung zwischen den Arbeitsfeldern ist hier oft

nicht möglich. Die gleichen Personen sind zu verschiedenen Zeiten oder auch parallel in unterschiedlichem Status aktiv, die gleiche Tätigkeit wird nicht selten von ehren- oder hauptamtlichen Mitarbeitern ausgeführt. In diesem »Beschäftigungsmix« gibt es so gut wie keine Arbeit, die nicht in der einen oder anderen Form, je nach Einrichtung und Finanzsituation sowohl ehren- als auch hauptamtlich betrieben wird. Ehrenamtliche Tätigkeiten finden in Form von Trägervereinen beziehungsweise Freundeskreisen/Fördervereinen oder in individueller Mitarbeit statt.

Zum Beispiel soziokulturelle Zentren:

Freiwilliges unentgeltliches Engagement ist ein Wesensmerkmal der Soziokultur seit ihrer Entstehung und ein unverzichtbares programmatisches Essential, da die Geschichte und die Arbeitsweisen soziokultureller Zentren unauflöslich mit Begriffen wie Selbstverwaltung, Autonomie und Eigeninitiative sowie Alternativen zur entfremdeten Erwerbsarbeit verbunden ist (siehe dazu *Ziller*). Das wurde durch die Professionalisierung der Zentrumsarbeit, die Ausweitung des Angebotsspektrums und die gestiegenen Ansprüche des Publikums in den 80er und 90er Jahren zwar relativiert, aber nicht vollständig aufgegeben worden.

Heute wird nach wie vor ein großer Anteil der anfallenden Arbeiten unbezahlt ehrenamtlich geleistet, ohne dass dies intern zu größeren inhaltlichen oder organisatorischen Problemen führt. Gerade die erfolgreiche Professionalisierung der Zentren hat bewirkt, dass die ehrenamtlich Tätigen effizienter in Arbeits- und Entscheidungsabläufe integriert wurden und hinsichtlich ihrer konkreten Tätigkeit eine Schwerpunktverschiebung zugunsten inhaltlicher Projektarbeit feststellbar ist.

In einer Erhebung der *Bundesvereinigung sozio-kultureller Zentren* waren 1996 von den 8.800 MitarbeiterInnen in 246 untersuchten soziokulturellen Einrichtungen insgesamt 46 Prozent ehrenamtlich beschäftigt. Dabei wurde nur die MitarbeiterInnen erfasst, die explizit in die materielle und konzeptionelle Arbeit des Zentrums eingebunden waren.

Im Laufe der letzten 10 Jahre hat sich allerdings das Verhältnis zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit in soziokulturellen Zentren verändert: von 66 Prozent ehrenamtlich tätigen MitarbeiterInnen 1987 fiel der Anteil auf 46 Prozent 1996.

Neben der offenen Ehrenamtlichkeit gibt es auch nach wie vor größere Potentiale »versteckter Ehrenamtlichkeit«: so sind zum Beispiel 40 Prozent der sozialversicherungspflichtigen MitarbeiterInnen nur teilzeitbeschäftigt (zwischen 10 und 29 Wochenstunden) und es ist davon auszugehen, dass die meisten davon deutlich mehr Stunden arbeiten als ihr bezahltes Stundenkontingent. (Angaben nach Spieckermann 2000)

Übersicht 2: Beispiele von ehrenamtlichen Tätigkeitsfeldern in Kultureinrichtungen in freier Trägerschaft und mit hauptamtlichen MitarbeiterInnen

Einrichtung	Art der Tätigkeit Mitarbeit oder Übernahme von
In allen Einrichtungen	<ul style="list-style-type: none"> – Öffentlichkeitsarbeit – Spendensammlung und Sponsoringaktivitäten – Fund- und »Friend«-Raising – Lobbyarbeit
Freie Theater	– KünstlerInnenbetreuung

	<ul style="list-style-type: none"> – BesucherInnenbetreuung – Karten und Verkaufsservice – Diskussionen, Theatergespräche, Lesungen – begleitende Veranstaltungen – Veranstaltungsmithilfe und -werbung – Kostümanfertigung – Bürotätigkeiten – Büchertische
Soziokulturelle Zentren/ Bürgerhäuser/ Kulturläden	<ul style="list-style-type: none"> – Beteiligung bei Entscheidungen konzeptioneller und finanzieller Art – Veranstaltungsplanung und -unterstützung – Veranstaltungswerbung, u. a. Plakate, Handzettel – Leitung von Arbeitskreisen – Kontakte zu Verwaltung und Multiplikatoren – technisch/handwerkliche Mitarbeit – Bürotätigkeiten, Rechnungswesen – Gastronomie
Musikschulen	<ul style="list-style-type: none"> – Finanzierungsanteil des Trägervereins – Begleitveranstaltungen, Tage der offenen Tür – Wettbewerbsorganisation – Elternarbeit – Mitwirkung bei Satzung und Entgeltordnung – Mitwirkung bei der Geschäftsführung – Büroarbeiten, Rechnungswesen

3. Kommunal und staatlich getragene Kultureinrichtungen

In den Städten werden Kultur- und Bildungsinstitutionen wie Theater (siehe *Bolwien*), Orchester, Bibliotheken (\$\$) , Museen (siehe *Roth*) und Volkshochschulen (siehe *Otto*) weitgehend von hauptamtlich Beschäftigten betrieben und geleitet. (siehe dazu *Leipold/Strobel* und *Girardet*) Ehrenamtliche Arbeit findet hier einerseits in Form der erwähnten Freundeskreise und Fördervereine statt und andererseits zunehmend durch individuelle Mitarbeit bei den normalen Arbeitsabläufen oder indem ganze Teilbereiche von ehrenamtlich Engagierten übernommen werden, wie Besucherführung, Museumsshop oder kulturpädagogische Arbeit mit Kindern.

Zu den ehrenamtlichen Tätigkeitsfeldern gehören in den meisten dieser traditionellen Kultur- und Bildungseinrichtungen die Spendensammlungen, Sponsoring- und Fundraisingaktivitäten sowie der Bereich von Lobby- und Öffentlichkeitsarbeit, von 'Friend'-Raising. Je nach Größe der

Einrichtung unterstützen die ehrenamtlich Aktiven dabei die Arbeiten der in diesen Feldern tätigen Hauptamtlichen oder sie übernehmen diese Aufgaben in eigener Verantwortung.

Abgesehen von diesen Tätigkeitsfeldern unterscheiden sich die Aktivitäten der freiwillig Mitarbeitenden sowohl zwischen den verschiedenen Einrichtungstypen und Sparten als auch innerhalb dieser bei der konkreten Ausgestaltung der Arbeitsaufgaben, was entscheidend von der Haltung der hauptamtlichen Leitungen in den einzelnen Häusern diesem Engagement gegenüber abhängt. Wie unterschiedlich die Auffassungen und die jeweilige Praxis sind, wird beispielsweise an den kontroversen Diskussionen über ehrenamtliche Arbeit in den Fachverbänden der großen Kulturinstitutionen deutlich. So hat beispielsweise nach mehrjähriger Diskussion der *Deutsche Bibliotheksverband* 1999 das Positionspapier »Freiwillige – (k)eine Chance für Bibliotheken« verabschiedet (Deutscher Bibliotheksverband 1999), das seither heftig und kontrovers im Bibliotheksbereich, beispielsweise im Fachorgan *Buch und Bibliothek* diskutiert wird.

Eine Ablehnung weitergehender Partizipationsvorstellungen im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements, die über die Rolle des Bürgers als zahlender Zuschauer und möglicher Sponsoren hinausgeht, hat der *Deutsche Bühnenverein* in seiner Entgegnung auf die »Hanauer Erklärung« des Kulturausschusses des *Deutschen Städtetages* formuliert. (Vgl. Teilabdruck in Wagner 2000a: 200f)

Zum Beispiel Stadt- und Staatstheater:

Vom *Deutschen Bühnenverein* (siehe dazu §§§) als Verband der Rechtsträger und der Theaterleitungen werden die Möglichkeiten weitergehenden ehrenamtlichen Engagements an den Theatern gering eingeschätzt und die wesentlichen Leistungen bürgerschaftlichen Engagements im Theater- und Museumsbereich darin gesehen, dass die BürgerInnen ihre kritische Rolle als ZuschauerInnen oder ZuhörerInnen sich ästhetisch, moralisch und politisch bilden. Darüber hinaus werden die finanzielle Unterstützung, die Spenden- und Sponsoringaktivitäten der Theaterfreundeskreise begrüßt, ohne dass daraus allerdings irgendwelche Partizipationsansprüche ableiten dürfen. Darüber hinausgehend wird als Einsatzort für freiwillig Aktive die Mitarbeit im »Vorderhaus«bereich, etwa Kasse, Garderobe, Programmverkauf gesehen sowie teilweise bei den Statisten oder in der ausnahmsweisen Ergänzung des Chors durch Laienchöre bei großen Musikwerken.

Dass die Möglichkeiten ehrenamtlichen Engagements auch im professionellen Theaterbereich weitergehen können, zeigen etwa die Erfahrungen des *Nationaltheaters Weimar*, an dem neben der Übernahme beziehungsweise Mitarbeit von Ehrenamtlichen an der Kasse, der Garderobe und im Ticketservice sowie als Schließ- und Einlasspersonal ein neues System von Öffentlichkeitsarbeit auf ehrenamtlicher Basis entwickelt wurde. In einer Reihe von Orten im Umkreis von 120 Kilometer um Weimar stellen ehrenamtliche »Kontaktpersonen« die Verbindung zwischen Theater und Besuchern her. Die Verteilung des Informationsmaterials, der Verkauf der Theaterkarten und die Organisation der Fahrten zum Theater liegen in den Händen der Kontaktpersonen. Als Bindeglied zwischen Theater und Besuchern agieren sie in beide Richtungen. Da sie einen Einblick in den Theaterbetrieb haben, zu den Generalproben und den Premieren einschließlich Premierenfeiern eingeladen werden, können sie überzeugend aus eigener Anschauung für das Theater werben wie sie umgekehrt für Regie, Dramaturgie und Theaterleitung auch als Ohr am Theaterpublikum wichtige Eindrücke und Einschätzungen vermitteln können. Zwischen 1997 und 1999 stieg die Zahl der Besucher, die über Kontaktpersonen ins Nationaltheater kamen von 7.000 über 14.000 auf 19.000.

Hervorgegangen ist diese neue Art von Öffentlichkeitsarbeit aus dem alten Besucherring. Die Besucherringe wie Volksbühnen oder Theatergemeinden stellen, auch wenn ihre Arbeit nicht so vielfältig ist wie die Aktivitäten am *Nationaltheater Weimar*, ebenfalls ein wichtiges Beschäftigungsfeld ehrenamtlicher Arbeit im Theaterbereich dar. Die Arbeit der hauptamtlich betriebenen Geschäftsstellen der Besucherorganisationen werden meist unterstützt durch ein breites Netz ehrenamtlicher MitarbeiterInnen. Bei der *Theatergemeinde Köln e. V.* beispielsweise arbeiten in der Geschäftsstelle acht hauptamtlich Beschäftigte und drei bis fünf Aushilfen, die vor allem für Kartenverkauf, Programmorganisation und den Kontakt zu den Theaterleitungen zuständig sind. Deren Arbeit wird von einem Trägerverein mit ca. 80 Mitgliedern und einer Gesamtzahl von ca. 200 ehrenamtlichen MitarbeiterInnen unterstützt und eigentlich erst ermöglicht. In kleinen Gruppen organisiert sind sie für die Auswahl der Stücke, die Leitung von Arbeitskreisen und die Durchführung von Begleitveranstaltungen zuständig und betreuen gemeinsam mit der Geschäftsstelle zur Zeit etwa 15.000 Abonnenten. In vielen mittleren und größeren Städten gibt es solche Besucherringe, die aus der christlichen beziehungsweise der Arbeiterbildungsbewegung hervorgegangen sind. Zu ihrer Aufgabe gehört auch häufig die Herausgabe einer Theaterzeitung.

Zum Beispiel ehrenamtliche Museumsarbeit:

Hauptamtlich geleitete Museen gehören zu den ältesten und vielfältigsten Einsatzfeldern ehrenamtlichen Engagements bei den kommunal getragenen Einrichtungen (siehe dazu *Roth*). Das trifft auf alle Arten von Museen zu. Auch wenn mit 77 Prozent die Mehrzahl der ehrenamtlich Aktiven in privat getragenen Museen tätig sind, bilden in kommunalen Museen die 19 Prozent aller ehrenamtlichen MuseumsmitarbeiterInnen ebenfalls einen nicht zu übersehenden Anteil. Bezogen auf die Gesamtzahl der Beschäftigten in den jeweiligen Museumstypen sind in kommunalen Museen knapp 12 Prozent der dort Tätigen ehrenamtliche, 8 Prozent freie und 80 Prozent voll- und teilzeitbeschäftigte hauptamtliche MitarbeiterInnen. (Angaben nach Zimmer 1997)

Dabei muss beachtet werden, dass die Situation in den einzelnen Museen sehr unterschiedlich ist. Wie rasch sich das Verhältnis von haupt- und ehrenamtlich Aktiven innerhalb eines Jahrzehnts verändern kann, wenn eine entsprechende Offenheit bei den Hauptamtlichen und vor allem der Leitung vorhanden ist, zeigt beispielsweise die Entwicklung im kulturhistorischen *Reiss*

Museum in Mannheim, wo es 1990 fünf ehrenamtlich MitarbeiterInnen gab, während es 1998 203 waren – bei 62 haupt- und nebenamtlich Beschäftigten.

Im *Reiss Museum* sind dabei sporadische Einsätze von Ehrenamtlichen bei Engpässen eher die Ausnahme. Die Regel ist der wöchentlich fest vereinbarte Tag (vor- oder nachmittags), an dem die/der Ehrenamtliche arbeitet. Ehrenamtliche Arbeit findet zum einen als Unterstützung einzelner Abteilungen wie der hauseigenen Bibliothek, dem Magazin und der Theatersammlung statt. Hinzu kommt das mit Ehrenamtlichen besetzte Ausstellungsbüro und von ihnen durchgeführte Besucherführungen durch Sonderausstellungen und die hauseigenen Sammlungen.

Die beiden Arbeitsbereiche mit den meisten Ehrenamtlichen sind mit je 50 bis 60 Aktiven der Museumsshop und die archäologische Denkmalpflege, bei der die Ehrenamtlichen unter Anleitung eines Grabungsleiters ins Land gehen, um interessante Gegenstände für das Museum zu bergen.

Der Museumsshop wurde 1997 gegründet und wird von einer eigenen GmbH getragen und ausschließlich von Ehrenamtlichen betrieben. Der erwirtschaftete Ertrag wird dem Museum zugeführt.

Dass solche intensive Mitarbeit von ehrenamtlich Engagierten auch in avancierten Kunstmuseen möglich ist, zeigt beispielsweise das *Schloß Museum Moyland*, ein Museum für zeitgenössische Kunst mit einer großen Beuys-Sammlung. Die Museumsarbeit von 55 hauptamtlich Beschäftigten (auf 36 Planstellen) wird ergänzt durch die Aktivitäten von ca. 150 ehrenamtlichen MitarbeiterInnen, von denen etwa 65 bei Führungen, 26 im Bibliotheksbereich, 15 in der Aufsicht und 25 an der Kasse und im Museumsladen aktiv sind. Die Qualifizierung dieser häufig sehr anspruchsvollen Tätigkeiten geschieht über ständige Fortbildung und regelmäßige Besprechungen.

Im Unterschied zu den Städten sind im ländlichen Raum viele dieser Kultur- und Bildungsinstitutionen, obwohl in kommunaler Trägerschaft, in ihrem Kernbestand auf ehrenamtliche Arbeit angewiesen. Hier werden nicht nur ergänzende und angebotssichernde Arbeiten von ehrenamtlich Aktiven geleistet, sondern sie tragen hier die eigentliche Arbeit der Einrichtungen. So sind beispielsweise in unterschiedlichem Umfang in einzelnen Bundesländern die Volkshochschulen in ländlichen Regionen ehrenamtlich organisiert. Die Heimat- und Denkmalpflege, ebenfalls eine kommunale Aufgabe, die zudem in allen Bundesländern als eine der wenigen Kulturaufgaben sogar gesetzlich geregelt ist, liegt in den Kreisen und kleineren Gemeinden vorwiegend in den Händen ehrenamtlicher Ortsheimatpfleger.

Knapp die Hälfte der bundesdeutschen Museen sind in kommunaler oder gemischt öffentlicher Trägerschaft. Von allen dort Beschäftigten machen die ehrenamtlich Tätigen etwas 12 Prozent aus. Dieser Anteil verändert sich allerdings rapide, wenn die Flächenstaaten gesondert betrachtet werden, wo der Anteil der ehrenamtlich Aktiven auch in den kommunalen Museen erheblich steigt, vor allem wenn die Beschäftigtenstruktur der Museen im ländlichen Raum noch einmal eigens untersucht werden. Die kommunal getragenen Museen mit mehrheitlich ehrenamtlichen MitarbeiterInnen bilden gemeinsam mit den privaten Museen, die weitgehend auf ehrenamtlicher Arbeit basieren, den Kern der Museumslandschaft jenseits der Mittel- und Großstädte. So werden beispielsweise zwei Drittel der 280 Museen im *Hessischen Museumsverband*, das sind in erster Linie die im ländlichen Raum, ehrenamtlich geführten. In diesen wurden Mitte der 90er Jahre im Durchschnitt jährlich etwa 700.000 Arbeitsstunden unentgeltlich ehrenamtlich geleistet. Das entspricht etwa der Arbeitsleistung von rund 350 Vollbeschäftigten. (Angaben nach Zimmer 1997)

Zum Beispiel Bibliotheken im ländlichen Raum

Knapp 57 Prozent aller öffentlichen Bibliotheken sind in kommunaler, 42 Prozent in kirchlicher Trägerschaft. 22,5 Prozent der Beschäftigten in kommunalen Bibliotheken sind dort ehrenamtlich tätig, in den kirchlich getragenen sind es 98 Prozent, das heißt letztere - das sind knapp die Hälfte aller öffentlichen Bibliotheken - werden nahezu ausschließlich ehrenamtlich betrieben. (siehe dazu *Ruppelt*) (Werden nicht nur die Anzahl der Bibliotheken betrachtet, sondern die Bestands- oder Ausleihezahlen, dann verschieben sich die Anteile zugunsten der kommunalen Bibliotheken, da diese einen Anteil von 80 Prozent des Bestands und 85 der Ausleihe haben.)

Bezogen auf den Stadt- und Landunterschied wird allerdings deutlich, dass auch die kommunal getragenen öffentlichen Bibliotheken im ländlichen Raum zu einem erheblichen Anteil auf ehrenamtlicher Arbeit beruhen. Von den knapp 4.300 ehrenamtlich in kommunalen Bibliotheken Engagierten arbeiten 3.900, das heißt neun Zehntel der Büchereien in den Landkreisen und 370, ein Zehntel, in Bibliotheken der Städte. Die 3.900 ehrenamtlich Aktiven in ländlich kommunalen Bibliotheken machen ein Drittel aller dort Tätigen aus, die Hauptamtlichen knapp die Hälfte und nebenamtliche etwa 20 Prozent. Neben dem Stadt- und Land-Unterschied ist in Bezug auf

ehrenamtliche Mitarbeit in Bibliotheken auch eine Ost-West-Differenz signifikant, da 95 Prozent aller Freiwilligen in Bibliotheken auf die alten Bundesländer entfallen.

Übersicht 3: Beispiele von ehrenamtlichen Tätigkeitsfeldern in kommunalen Kultureinrichtungen (in Städten hauptamtlich, im ländlichen Raum oft ehrenamtlich getragen).

Einrichtung	Art der Tätigkeit Mitarbeit oder Übernahme von
In allen Einrichtungsarten	<ul style="list-style-type: none"> – Öffentlichkeitsarbeit – Spendensammlung und Sponsoringaktivitäten – Fund- und »Friend«-Raising – Lobbyarbeit
Museen	<ul style="list-style-type: none"> – Museumsdienst – Besucherführung – Unterstützung bei Aufsicht – Auskunft- und Informationsdienst – museumspädagogische Aufgaben – Dokumentation, Archive und Ordnungsarbeiten – Ausstellungsplanung und -organisation – Publikationen, Kataloge – Museumsshop – Forschungs- und Ausgrabungstätigkeiten – Café-/Restaurantbetrieb – EDV-Unterstützung, z. B. Internet
Öffentliche Bibliotheken	<ul style="list-style-type: none"> – Ausleihe, Aufsicht – Beratung und Information – Bibliotheksführungen – Benutzereinführungen – aufsuchende Bibliotheksarbeit, mobiler Bücherdienst – Veranstaltungsdurchführung – Pädagogische Betreuung, Lese- und Vorlesenachmittage für Kinder – Hausaufgabenbetreuung – Sortier- und Einstellarbeiten – Medienauswahl – Bücherbasare – EDV-Unterstützung, z. B. Internet – Weiterführung von kleineren Zweigstellen/Stadtteilbibliotheken in privat-öffentlicher Kooperation, um ein Angebot aufrecht zu erhalten: hier fallen die meisten Aufgaben hauptamtlicher BibliotheksmitarbeiterInnen und

	alle ehrenamtlichen Unterstützungsaktivitäten an
Theater, Orchester	<ul style="list-style-type: none"> – BesucherInnenbetreuung, Besucherringe – Vorderhausdienste: Karten, Garderobe, Schließdienste, Verkaufsservice – Diskussionen, Theatergespräche, Lesungen – begleitende Veranstaltungen – Schüler-Theater-Begegnungen – Jugend- und Schülerclubs – Theaterzeitung und andere Publikationen – Veranstaltungsmithilfe – Bürotätigkeiten – Büchertische
VHS	<ul style="list-style-type: none"> – Programmberatung – Planungsberatung – KursleiterInnenbetreuung – kulturpädagogische Aktivitäten – Öffnungs- und Schließungsdienst
Kreisliche und kommunale Kultureinrichtungen im ländlichen Raum, kirchliche Büchereien	<ul style="list-style-type: none"> – Leitung und Organisation von Außenstellen der Volkshochschulen – Leitung und Trägerschaft öffentlicher Bibliotheken, mit nahezu allen Arbeiten hauptamtlicher Einrichtungen – Museumsarbeit in kommunaler oder gemischt-öffentlicher Trägerschaft – Aktivitäten der Denkmal-, Heimat- und Kulturpflege

Zusätzlich zu diesen drei verbreiteten Trägerformen von Kultureinrichtungen und Kulturangeboten mit unterschiedlichen Ausprägungen ehrenamtlich-freiwilligen Engagements sind in jüngster Zeit neue Organisationen mit eigenen Charakteristika ehrenamtlicher Arbeit entstanden.

4. Einrichtungen in gemischter Trägerschaft von öffentlicher Verwaltung und privatem Verein

Gemischte Trägerschaften von Einrichtungen durch öffentliche Hand und Privatpersonen beziehungsweise privaten Organisationen gibt es auch im Kulturbereich seit einiger Zeit in unterschiedlicher Gestalt. Diese *Public Private Partnership* hat sich gerade in Anbetracht der Finanznot der öffentlichen Haushalte und des Umdenkens im Kulturbereich in den letzten Jahren entwickelt. (Vgl. Sievers/Wagner 1998) Relativ neu ist bei diesen neuen Wegen der Partnerschaft

die Übernahme einer von Schließung bedrohten Kultureinrichtung durch die BürgerInnen, die dann diese Einrichtung in eigener Regie oder, wie meist, in Kooperation mit der Kommune weiter betreiben. Beispiele gibt es hier vor allem im Bibliotheksbereich.

U. a. in Mannheim, Bremen, Hamburg, Königswinter, Föhr gibt es Erfahrungen mit solchen Kooperationsmodellen im Bibliotheksbereich. Dabei sind der Institutionalisierungsgrad der jeweiligen Organisationsstrukturen, die Einbindungen hauptamtlichen Personals und die Tätigkeitsfelder für die ehrenamtlich Aktiven sehr unterschiedlich. Das trifft auch auf die Kosten- und Verantwortungsteilung zwischen Kommune respektive Hauptbücherei und Verein zu.

Zum Beispiel die Kinder- und Jugendbücherei KOLIBRI:

Im Rahmen der Kampagne gegen die im Januar 1996 bekannt gewordenen Pläne des Senates, mindestens acht öffentliche Bücherhallen in Hamburg, darunter auch die einzige Kinder- und Jugendbücherei am Mittelweg, zu schließen, wurde der Förderverein der *Bücherhalle Mittelweg* (heute der *Kinder- und Jugendbücherei KOLIBRI*) gegründet. Erklärtes Ziel war der Erhalt möglichst vieler Bücherhallen und die Suche nach neuen Finanzierungskonzepten. Nachdem die Schließung beziehungsweise Zusammenlegung von 12 Bücherhallen im Herbst 1996 nicht verhindert werden konnte, wurde zwischen Förderverein, der -Leitung der *Hamburger Öffentlichen Bücherhallen (HÖB)* und der Kulturbehörde eine Vereinbarung über eine neuartige Kooperation zur Fortführung der Bücherhalle Mittelweg geschlossen.

Auf der Grundlage dieser ersten Kooperation in Hamburg zwischen den *Hamburger Öffentlichen Bücherhallen* und einem privaten Förderverein wurde die Kinder- und Jugendbücherei KOLIBRI (mit ca. 14 000 Medieneinheiten) vom Förderverein renoviert und durch die Umwandlung eines Büroraums in einen Veranstaltungsraum erweitert. Die Arbeit auf neuer Grundlage zeichnet sich durch eine gute Zusammenarbeit mit den umliegenden Schulen sowie ihre gute Beratung aus.

KOLIBRI bleibt nach dem neuen Konzept im System der *HÖB* integriert. Sie ist durch EDV mit den anderen Bücherhallen verbunden und die *HÖB* sind weiterhin Arbeitgeber und für die bibliothekarischen Arbeiten verantwortlich. Die professionelle Arbeit wird durch eine halbe Bibliothekarinnenstelle (zuvor 1 Stelle) und zwei halbe Assistentinnenstellen (zuvor 1 ½ Stellen) geleistet. Die Halbierung des Fachpersonals wird durch den Einsatz von ehrenamtlichen Helfern, die bibliotheksfernere Aufgaben versehen, aufgefangen.

Die Finanzierung geschieht durch ein Mischmodell, wonach die verbleibenden Kosten zu ca. drei Viertel durch Spenden vom Förderverein aufgebracht, der vor allem vom Hamburger Buchhandel finanziert und materiell unterstützt wird. Ein Viertel der Kosten werden von den *HÖB* getragen. (Vgl. Hell 2000)

Etwa zur gleichen Zeit wie in Hamburg fanden entsprechende Entwicklungen hin zu solchen Partnerschaften von privaten Vereinen und öffentlich getragenen Bibliotheken auch in anderen Städten statt (siehe etwa zum vergleichbaren Prozess in Königswinter Stienen 1997).

5. Projekte ohne direkten Bezug zu einer kommunalen oder freien Kultureinrichtung

Die Einbindung ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements bei zeitlich befristeten Kulturereignissen hat zwar eine lange Tradition, geht aber vor allem auf die soziokulturelle Aufbruchphase in den 70er Jahren zurück. Vor allem im Bereich der Stadtteilkulturarbeit haben die BewohnerInnen eines Viertels, eines Kiez, eines Stadtteilgebiets die Durchführung eines Stadtfestes initiiert, konzipiert und organisiert. Oft geschah das in Zusammenarbeit mit der

örtlichen Volkshochschule, der Stadtteilbibliothek oder anderer kommunaler Kultureinrichtungen vor Ort. Für die Organisation solcher Kulturfeste, Musikfestivals, Kultursommer, Stadt- oder Stadtteiljubiläen haben sich engagierte BürgerInnen zusammengetan, teilweise auch einen Verein gegründet. Oft blieb es aber bei temporären Zusammenschlüssen.

Eine Reihe dieser ursprünglich aus Bürgerinitiativen und Bürgerengagement entstandenen Kulturfeste wurden mit der Zeit größer, professionalisiert und kommerzialisiert. Häufig haben kommunale Kultureinrichtungen oder die Kulturverwaltung diese Initiativen aufgegriffen und weiterentwickelt. Auch wenn einige dieser Veranstaltungen nicht mehr stattfinden, haben sich viele dieser Kulturereignisse weiter entwickelt und es gibt sie heute nahezu in jeder Stadt und jeder Region. Dabei wurde allerdings im Zuge der Kommunalisierung, Professionalisierung und Kommerzialisierung häufig das Bürgerengagement zurückgedrängt. Das betrifft weniger die unentgeltliche Mitarbeit als die Möglichkeiten zur Mitsprache und Mitgestaltung. Gleichwohl stellt die ehrenamtliche Mitwirkung bei solchen befristeten Kulturereignissen weiterhin ein wesentliches Element im Bereich der kulturellen Freiwilligenarbeit dar, auch wenn sich ihr Anteil schwerlich quantifizieren lässt.

Je nach Größe des Ereignisses und der Stadt sowie den kultur- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen der handelnden hauptamtlichen Akteure reicht hier die ehrenamtliche Arbeit von der vollständigen Planung, Organisation und Durchführung bis zur bloßen Beteiligung bei der Auswahl der Künstlerinnen und Künstler oder der Ausgestaltung und organisatorischen Mithilfe bei der Veranstaltung.

Zum Beispiel Stadtjubiläum Münster:

Wie in vielen anderen bundesrepublikanischen Städten in den 90er Jahren wurde in Münster 1993 ein großes Stadtjubiläum gefeiert. Im Unterschied zu einer Reihe anderer Städte zeichnet sich die Münsteraner 1200-Jahr-Feier durch eine breite Einbeziehung der Bevölkerung Münsters und der umliegenden Orte aus. Das Ziel der Stadtpolitik, mit dem Stadtjubiläum eine Community Identity zu entwickeln, war von vornherein auf alle sozialen Gruppen und gesellschaftlichen Kreise der Stadt bezogen. Diese Einbeziehung sollte nicht nur ›passiv‹ in Gestalt von Kulturangeboten für die unterschiedlichen Gruppen geschehen, sondern dadurch, dass möglichst vielen Interessierten Raum und Zeit für die Entwicklung und das Einbringen ihrer Ideen gegeben wurde. Thematische Vorgaben für die Bürgerbeteiligung gab es dabei nicht, lediglich einen gewissen Rahmen, der durch die Besinnung auf die städtische Identität in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gesteckt war. So wurde der weitaus größte Teil des Jubiläumsprogramms von der Bevölkerung der Stadt und der Region entwickelt und getragen. Am Stadtjubiläum 1993 haben sich insgesamt mehr als 1.000 Bürgergruppen, Organisationen und Institutionen mit über 30.000 Mitgliedern beteiligt. Inhalte und Art der Beiträge waren so vielfältig wie die Anbieter und deckten die gesamte Palette des sozialen, kulturellen und politischen Lebens in Münster ab. Die zentralen Beiträge der Stadt konzentrierten sich dagegen auf wenige spezielle Bereiche wie einige überregionale und internationale Veranstaltungen.

Diese Einbeziehung der Öffentlichkeit begann schon ab 1990 in Form von Fachgesprächen mit den verschiedenen Institutionen wie Medien, Kirchen, Interessengruppen, Kulturinitiativen sowie mit einer Bürgerumfrage und offenen Bürgergesprächen, um auch nicht organisierten Einzelnen die Möglichkeit zur Mitgestaltung zu geben. Dieser *bottom up*-Ansatz, im Unterschied zu vielen *top-down*-Verfahren bei vergleichbaren Ereignissen in anderen Städten, hat nicht nur das Stadtjubiläum zu einem großen Erfolg werden lassen, sondern auch nachhaltige Wirkungen hinterlassen, indem u. a. die Erfahrungen und Impulse dieses Partizipationsprozesses und dieses breiten ehrenamtlichen Engagements für andere Aktivitäten in Münster genutzt werden konnte.

Das betraf die Veranstaltungen zum 350. Jahrestag des Westfälischen Friedens fünf Jahre später, die nach dem bewährten Konzept organisiert wurde und betrifft die Arbeiten zur Lokalen Agenda 21, wie sich insgesamt ein offenes Klima für Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement über die befristeten Jahrestage und Kulturereignisse in Münster entwickelt hat. (Vgl. hierzu ausführlich Kohl 1999)

6. Freiwilligenagenturen und Ehrenamtbüros

Zunehmend dehnen die in den letzten Jahren neu entstandenen, inzwischen schon über 100 Freiwilligenagenturen, Ehrenamtszentren und Seniorenbüros, die sich in den ersten Jahren meist auf die caritativen, Gesundheits- und Nachbarschaftshilfebereiche konzentriert hatten, ihre Vermittlungsaktivitäten auch auf den Kulturbereich aus. Öfter gehen jetzt auch vom Kulturbereich Anstöße und Initiativen zum Aufbau von Vermittlungsstellen für freiwilliges Engagement aus. Aufgabe der Agenturen und Büros, die selbst zum größten Teil auf ehrenamtlicher Basis arbeiten, ist es, zwischen den Angeboten der freiwillig Engagierten, ihrer Zeit, Kenntnissen und Fähigkeiten unentgeltlich Einrichtungen zur Verfügung zu stellen und der Nachfrage von Institutionen, Projekten und Zusammenschlüssen nach solcher Mithilfe zu vermitteln. Mit dem Verein *Ehrenamt für Darmstadt* besteht eine solche Vermittlungseinrichtung, die sich ausschließlich auf Kultureinrichtungen bezieht und stark nachgefragte Aktivitäten für inzwischen über 40 Kulturinstitutionen entwickelt hat. In anderen Städten bilden sich nach dem Darmstädter Vorbild inzwischen ähnliche Initiativen für den Kulturbereich.

Zum Beispiel Ehrenamt für Darmstadt:

Im Verein *Ehrenamt für Darmstadt (EAD)* sind mehr als 250 Menschen organisiert, von denen etwa 180 aktiv in fast 45 Partner-Institutionen mitarbeiten.

Ausgangspunkt war die Ende 1993 drohende zeitweilige Schließung eines Museums wegen zunehmender Etatkürzungen. Initiiert von einer Stadtverordneten ging von einem Freundeskreis, unterstützt von Vertretern einiger Darmstädter Kultureinrichtungen ein Aufruf zur Mithilfe und Mitarbeit für das bedrohte Museum über die Presse an die Darmstädter Öffentlichkeit. Die Reaktion war so groß und vielfältig, dass daraus die Gründung des Vereins *EAD* erfolgte, da die zahlreichen Angebote nicht anders aufgenommen werden konnten.

Die Mitglieder des Vereins arbeiten inzwischen in über 45 Darmstädter Museen, Archiven, Bibliotheken, Galerien, wissenschaftlichen Instituten und für gemeinnützige Vereine. Ihre Tätigkeitsfelder sind sehr vielgestaltig. Sie bieten Museumsführungen an, sortieren Karteien, Dias und Fotos, arbeiten in der Verwaltung, erzählen Märchen, betreuen den Museumsshop der Stadt, organisieren den Streichelzoo im Vivarium, dem Darmstädter Zoo, und bringen Bücher zu Kranken in der Klinik. Sie kümmern sich um Dinge, die schon monate- oft jahrelang liegengeblieben waren, weil niemand für die Bearbeitung zur Verfügung stand. Sie betreiben den Museumsshop und bringen darüber der Stadt erhebliche Umsätzen, deren Mittel für den Ankauf neuer Kunstwerke für das Museum dienen.

Vorstand, Geschäftsführer und Mitglieder des Vereins arbeiten alle ehrenamtlich. Aktive Mitglieder erhalten bei den Institutionen, in denen sie arbeiten, einen Ersatz ihrer Auslagen und sind dort versichert. Die Kosten für Organisation, Büro, Öffentlichkeitsarbeit, und die Zeitschrift

DAS EHRENAMT sowie die Auslagen der Geschäftsführung werden von einem Förderkreis privater Spender, gegenwärtig etwa 50, aufgebracht sowie durch »Fundraising« bei regionalen Firmen. Die Geschäftsstelle wird mietfrei von der Stadt bereitgestellt. Alle zwei Monate tauschen Vorstand und Mitglieder in einer Versammlung Erfahrungen aus, an der etwa ein Drittel der Vorstandsmitglieder teilnehmen. In Rundbriefen werden Informationen gegeben, eigene Veranstaltungen (Vorträge, Führungen und Reisen) angeboten, Arbeitsplätze bekannt gemacht und Helfer für bestimmte Aufgaben gesucht. Dazu dient auch die Zeitschrift *DAS EHRENAMT*, die bislang zweimal jährlich erscheint und an Mitglieder, Multiplikatoren, Partnerinitiativen, Sponsoren und die Presse verteilt wird und in der über die eigene Arbeit und andere vergleichbare Initiativen berichtet wird.

Zum Beispiel: Zentrum Aktiver Bürger in Nürnberg

Mit der Einrichtung des Modells "Zentrum Aktiver Bürger" hat die Stadt Nürnberg bundesweit eine Vorreiterrolle übernommen. Im Vergleich zu reinen Vermittlungsagenturen arbeitet das Zentrum Aktiver Bürger als Projektentwickler des bürgerschaftlichen Engagements. Mittlerweile arbeiten etwa 100 Ehrenamtliche regelmäßig in unserer Einrichtung und erbringen über 1.400 Stunden monatlich für gemeinnützige Zwecke. Immer wieder kommen neue Ideen und Projekte hinzu.

- Es entwickelt mit den Interessenten gemeinsame Einsatzfelder des bürgerschaftlichen Engagements, versteht sich also nicht als reiner Vermittler oder als Agentur, sondern geht von der Beobachtung aus, dass viele Aktivitätsfelder von Ehrenamtlichen selbst neu gestaltet werden müssen.
- Es entwickelt diese Einsatzfelder im Verbund mit professionellen Kooperationspartnern, die eine qualifizierte Begleitung der Ehrenamtlichen sicherstellen. Damit soll auch die Fortbildung als Gratifikationsmoment des Ehrenamtes gestärkt werden.
- Es versteht sich als Anlaufstelle vieler Menschen, die in der nachberuflichen Phase oder nach der Familienpause Orientierungen und sinnvolle Tätigkeiten suchen. Gerade in Regionen wie Nürnberg, die in den letzten Jahren von vielen Stellenstreichungen und Arbeitsplatzverlusten nicht verschont blieben, ist diese Funktion besonders wichtig.

Durch vielseitige Projekte bietet das ZAB - unterstützt durch erfahrene Begleitung und Kooperationen mit professionellen Partnern - den Raum, eigenständig Ideen und Möglichkeiten zu verwirklichen. Das Besondere ist hier allerdings, daß die bunte Vielfalt des Ehrenamtes in einem Haus gebündelt ist. Damit ist auch die gemeinschaftliche Rückbindung der Ehrenamtlichen gewährleistet.

Mittlerweile arbeiten über zehn Projekte unter dem Dach des ZAB: von einer eigenen Zeitung angefangen, über Hausaufgabenhilfen, einen Bücherbringdienst für Nürnberger Krankenhäuser, ein Geschichtsprojekt zu Nürnberger Stadtteilen, eine Kulturgruppe, die Veranstaltungen für Altenhilfeeinrichtungen zusammenstellt, einer Handwerkergruppe, die unter anderem ein Kindermuseum mit ausgestaltet, bis hin zu Ehrenamtlichen, die in Kindergärten Nürnbergs vorlesen.

7. Bürgerstiftungen

Stiften ist wieder "in". Über 10.000 Stiftungen gibt es wieder in Deutschland. Wurden Ende der 70er Jahre etwa 50 Stiftungen pro Jahr ins Leben gerufen, so waren es Anfang der 90er Jahre etwa 250. 1999 gründeten sich etwa 400 neue Stiftungen. Stiftungen waren und sind eine wesentliche Grundlage des kulturellen Lebens. Große Kunstschatze werden auf diese Weise erhalten und für die Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Eine für die Stärkung zivilgesellschaftlicher Bindungen besonders interessante Form ist die Bürgerstiftung. Nach Angaben der Bertelmannstiftung, auf deren Angaben wir im folgenden stützen, gibt es in Deutschland derzeit etwa 20 Bürgerstiftungen und über zehn Gründungsinitiativen.

Die erste "Community Foundation" wurde 1914 in Cleveland, Ohio gegründet. Die Bürgerstiftungen stellen heute eines der am schnellsten wachsenden Segmente des amerikanischen Stiftungswesens dar. Es gibt gegenwärtig etwa 600 "Community Foundations" mit einem Gesamtvermögen von über 25 Mrd. US Dollar.

"Im Gegensatz zu der langen Tradition in den Vereinigten Staaten ist die Bürgerstiftung als Organisationsform in Deutschland noch relativ neu. Natürlich gibt es in Deutschland ein viel älteres städtisches Stiftungswesen als in den USA. Dass einzelne Bürgerinnen und Bürger Vermögen für soziale oder kulturelle Belange in ihrem lokalen Gemeinwesen stiften, ist keineswegs neu. Allerdings sind diese Stiftungen im Laufe der Zeit fast ausschließlich in die kommunale Zuständigkeit übergegangen und heute in aller Regel ein Teil der jeweiligen Stadtverwaltung. Damit hat diese Form des Stiften viel von ihrer ursprünglichen bürgergesellschaftlichen Dynamik und Attraktivität verloren. Das Konzept der Bürgerstiftung knüpft an diese alte Tradition an und entspricht gleichzeitig vielschichtigen aktuellen Bedürfnissen bürgerschaftlichen Engagements. Bürgerstiftungen sind wie kaum eine andere Institution dafür prädestiniert, Lösungen für gesellschaftliche Probleme in einer Kommune oder Region zu finden und in die Praxis umzusetzen.

1. Initiierung, Koordination und Unterstützung von gemeinnützigen Aktivitäten. Bürgerstiftungen verstehen sich als Einrichtungen, die sowohl die bestehenden gemeinnützigen Aktivitäten vor Ort finanziell, organisatorisch und ggf. personell unterstützen als auch bei Bedarf selbst neue Projekte initiieren.

2. Mobilisierung und Kanalisierung von bürgerschaftlichem Engagement Bürgerstiftungen schaffen neue - finanzielle wie zeitliche - Anreize und Möglichkeiten für bürgerschaftliches Engagement am Ort und können und leisten damit einen nachhaltigen Beitrag zum Aufbau einer aktiven Bürgergesellschaft.

3. Innovation und Flexibilität der Lösungsansätze und Arbeitsweisen. Durch ihre Unabhängigkeit und die Flexibilität ihres Mitteleinsatzes können Bürgerstiftungen auch neue und bisher unerprobte Lösungsansätze, Arbeitsweisen und Projektformen anregen und unterstützen sowie kurzfristig auf akute Problemlagen reagieren.

4. Sammlung und Bereitstellung von Know-how und organisatorischer Kompetenz. Die zunehmende Erfahrung einer Bürgerstiftung in der Organisation und Koordination gemeinnütziger Aktivitäten vor Ort, ihre Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern, der Ausbau des Stiftungsvermögens und die wachsende Akzeptanz in der Bevölkerung können sie zu einer Institution werden lassen, die eine führende Rolle innerhalb des Gemeinwesens einnimmt und eine Vorreiterrolle bei der Lösung von gesellschaftlichen Problemen spielt.

5. Bürgerstiftungen fördern die Bürgergesellschaft: Bürgerschaftliches Engagement erfordert Strukturen, die Eigenbeteiligung und demokratische Mitwirkung ermöglichen. Durch die Förderung und den Ausbau solcher Strukturen sowie die Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung an gemeinnützigen Aktivitäten leisten Bürgerstiftungen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Bürgergesellschaft und des 'Sozialkapitals' auf lokaler Ebene." (www.buergerstiftung.de)

Schlussbemerkung

Wie die Beispiele und Übersichten zeigen, gibt es inzwischen nur noch wenige Tätigkeiten in Kulturinstitutionen und Felder in der Kulturarbeit, in denen keine ehrenamtlich Engagierten aktiv sind. Die Bürgergesellschaft muss im Kulturbereich nicht neu erfunden werden, sie hat viele Wurzeln und vorzügliche Bodenverhältnisse, um gut zu gedeihen. Das gedeihliche Klima hierfür zu schaffen muss und wird zum Selbstverständnis von Kulturpolitik hinzugehören. Die Stellungnahmen von Bundes- und Landesministern (siehe *Wagner, Oppermann, Vesper, Harms, von Trotha*), von parteipolitischen Sprechern (*Barthel, Lammert, Fink, Vollmer*), kommunalen und Fachverbandsvertretern sowie Kulturdezernenten, zeigen, dass diese Botschaft angekommen ist. Die Arbeit der Enquetekommission zu Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements ist derzeit dabei, die politischen Maßnahmen zu überdenken (siehe dazu *Bürsch, Zimmermann, Evers*). Die weitere Verbesserung des Stiftungsrechts, die dem Kulturbereich zugute kommt, ist in Aussicht gestellt. Bleibt zu hoffen, dass diese positiven Signale und Initiativen nicht in Gremienpapieren, Sonntagsreden und politischen Forderungskatalogen feierlich entsorgt werden, sondern nachhaltig ihre Wirkung tun. Erich Kästner hat das Motto der Bürgergesellschaft mit auf den Weg gegeben: "Es gibt nichts Gutes, außer man tut es." Das gilt auch für die Politik.

Literatur

- Andre Gorz (1994): *Kritik der Ökonomischen Vernunft. Sinnfragen am Ende der Arbeitsgesellschaft*. Hamburg: Rotbuch
- Andre Gorz (1999): *Arbeit zwischen Misere und Utopie*, Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Glück, Alois; Magel, Holger: *Neue Wege in die Kommunalpolitik*, München: Jehle-Rehm 2000
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): *Handbuch Bürgerstiftungen. Ziele, Gründung, Aufbau, Projekte*, Gütersloh: Bertelsmann-Stiftung 2000
- Bertelsmann Foundation (Hrsg.): *Community Foundations in Civil Society/Bürgerstiftungen in der Zivilgesellschaft*, Gütersloh: Bertelsmann Foundation Publishers 1999
- Becker, Elke; Wolf, André Christian: *Stiften findet Stadt. Eine Arbeitshilfe zum Aufbau von Bürgerstiftungen*. Bonn: Stiftung Mitarbeit - Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Nr. 15 1999
- Habermas, Jürgen: *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*, hier vor allem: Kapitel VIII Die Rolle von Zivilgesellschaft und politischer Öffentlichkeit, S. 399-467, Frankfurt am Main 1992
- Tocqueville, Alexis de: *Über die Demokratie in Amerika, erster Teil (von 1835)*, Zürich: Manesse 1987
- Frankenberg, Günter; Rödel, Ulrich; Dubiel, Helmut: *Die demokratische Frage*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1989
- Locke, John: *Über die Regierung (The Second Treatise of Government)*, Stuttgart, Reclam 1966, (ursprünglich 1690)

- Montesquieu, (eigentlich: Charles-Louis de Secondat, Baron de la Brède et de Montesquieu): Vom Geist der Gesetze (De l'Esprit de Lois), 2 Bände Tübingen: J.C.B. Mohr 1992 (ursprünglich 1748)
- Lau, Jörg: Im Land der gerechten Sünder, Die Zeit vom 52/2000)
- Röbke, Thomas u.a. Das Zentrum Aktiver Bürger. Eine Dokumentation nach drei Jahren Modellaufzeit, ISKA Arbeitsbericht Nr. 38, Nürnberg 2001.
- Röbke, Thomas; Wagner, Bernd: Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement im Kulturbereich. Handbuch für Kulturmanagement. Augsburg: Kognos-Verlag 1999, S. 761-776
- Röbke, Thomas: Ehrenamt und Generationenfolge. In: Deutscher Kulturrat (Hrsg.): Ehrenamt und Kultur. Bonn 1996
- Keupp, Heiner: Eine Gesellschaft der Ichlinge? Zum bürgerschaftlichen Engagement von Heranwachsenden. München: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. 2000
- Beck, Ulrich: Schöne neue Arbeitswelt. Vision: Weltbürgergesellschaft, Frankfurt/Main: Campus 1999
- Dahrendorf, Ralf: »Impulse für die Bürgergesellschaft«, in: Dahrendorf, Ralf u. a. (Hrsg.): *Reflexion und Initiativen. Zur Arbeit der Körber-Stiftung 1999/2000*, Hamburg 1999, S. 10-15
- Demirovic, Alex: *Demokratie und Herrschaft. Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*, Münster: Westfälisches Dampfboot 1997, hier vor allem: Kapitel 9: »Zivilgesellschaftlich, Öffentlichkeit, Demokratie«, S. 148-164
- Dettling, Warnfried: »Bürgergesellschaft. Möglichkeiten, Voraussetzungen und Grenzen«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, 38/1998, S. 22-28
- Dubieli, Helmut: »Der entfesselte Riese? Die ›zivile Gesellschaft‹ oder: Warum eine immanente Kritik der liberalen Demokratie unausweichlich wird«, in: *Frankfurter Rundschau*, 12.3.1994
- Etzioni, Amitai: »Die gute Gesellschaft. Das Konzept der Zivilgesellschaft reicht nicht mehr aus, um den Herausforderungen der Zukunft zu begegnen. Wir brauchen primär gemeinsame Werte«, in: *taz*, 12./13. 8. 2000, S. 11
- Evers, Tilman: »Bürgergesellschaft: Ein Markt der Möglichkeiten. Ideengeschichtliche Irritationen eines Sympathiebegriffs«, in: *Frankfurter Rundschau*, 10. 5. 1997 (Dokumentation), S. 8-9
- Honneth, Axel: »Konzeptionen der ›civil society‹«, in: *Merkur*, Heft 514 (1/92), S. 61-67
- Kebir, Sabine: *Antonio Gramscis Zivilgesellschaft*, Hamburg: VSA-Verlag 1991
- Leif, Thomas: »Unkonventionelle Beteiligungsformen und die Notwendigkeit der Vitalisierung der Bürgergesellschaft«, in: *aus politik und zeitgeschichte*, 38/1998, S. 12-21
- Massarrat, Mohssen: »Dritte Kammern. Weniger Staat – mehr Zivilgesellschaft«, in: *Universitas*, Heft 2/2000, S. 185-197
- Merkel, Wolfgang/Lauth, Hans-Joachim: »Was ist eigentlich Zivilgesellschaft?«, in: *Zukünfte*, Heft 27 (Frühjahr 1999), S. 9-16
- Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): *Kultur der Solidarität in einer aktiven Bürgergesellschaft. Kongressdokumentation*, Düsseldorf 1999,
- Rehberg, Karl-Siegbert: »Von ziviler Selbstorganisation und antistaatlichem Protest zum Staatsrückzug? – Bedeutungswandel des Begriffes ›Bürgergesellschaft‹«, in: Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur Sachsen e.V. (Hrsg.): *Paradigma Soziokultur? Prozesse und Produkte in Theorie und Praxis. Dokumentation einer Fachtagung*, Dresden: Efau-Verlag im Kulturverein Riesa e.V. 2000, S. 25-43
- Sandschneider, Gerhard: »›Zivilgesellschaft‹. Eine Bestandsaufnahme«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 8/95, S. 744-749

- Schröder, Gerhard: »Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft«, in: *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, Heft 4/2000, S. 200-207;
 Beiträge hierzu in Heft 6/2000, u. a. von Anthony Giddens, Johanno Strasser, Peter Glotz, Michael Müller, Wolfgang Michal, S. 335-355; in Heft 7-8/2000 mit Beiträgen von Wolfgang Schröder, Thomas Meyer, Michael Bürsch, Ulrich Beck und Mathias Brodkorb, S. 446-462; siehe hierzu auch: Wolfgang Streeck: »Zwei Seelen wohnen, ach, in der staatsfreien Brust. Der Kanzler und sein Lernziel von der zivilen Bürgergesellschaft. Anmerkungen zu einer neuen politischen Formel«, in: *Frankfurter Rundschau*, 10. 7. 2000, S. 10; Hauke Brunkhorst: »Volk ist out, Staat ist sexy.«, in: *taz*, v. 24. 7. 2000, S. 13; Christian Meier: »Irgendwie wilhelminisch. Ein Beitrag des Bundeskanzlers bereitet Kopfschmerzen«, in: *Frankfurter Rundschau*, 26.5.2000
- Taylor, Charles: »Der Begriff der ›bürgerlichen Gesellschaft‹ im politischen Denken des Westens«, in: Brumlik, Micha/Brunkhorst, Hauke (Hrsg.): *Gemeinschaft und Gerechtigkeit*, Frankfurt am Main: Fischer Verlag 1993, S. 117-148
- Walzer, Michael: *Zivile Gesellschaft und amerikanische Demokratie*, Berlin 1992
- Deutscher Bibliotheksverband (Hrsg.) (1999): *Freiwillige – (k)eine Chance für Bibliotheken?. Ein Positionspapier des Deutschen Bibliotheksverbandes*, Berlin
- Deutscher Kulturrat (1996): *Ehrenamt in der Kultur. Stand und Perspektiven ehrenamtlicher Arbeit im Kulturbereich*, Bonn
- Deutscher Städtetag, Kulturausschuss (1997): »Kulturpolitik und Bürgerengagement. Hanauer Erklärung«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 79 (IV/97), S. 60-61
- Deutscher Städtetag (1991): *Diskurs Kultur. »Die Zukunft der Arbeitsgesellschaft und der Kulturpolitik«*, Köln: Deutscher Städtetag (DST-Beiträge zur Bildungs- und Kulturpolitik, Heft 18)
- Ermert, Karl (1999): *Ehrenamt in der Musikkultur. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zu Motiven, Bedingungen und Perspektiven freiwillig gemeinnütziger Tätigkeit im Laienmusikwesen Niedersachsens*, Hannover (IfMpF-Forschungsbericht Nr. 11)
- Ermert, Karl (2000): »Ehrenamt und Vereinswesen als Träger von Kulturarbeit«, in: Wagner, Bernd (Hrsg.): *Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur. Dokumentation eines Forschungsprojekts*, Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft (Dokumentation 55), S. 168-198
- Glaser, Hermann (1988): *Das Verschwinden der Arbeit. Die Chancen der neuen Tätigkeitsgesellschaft*, Düsseldorf, Wien, New York: Econ
- Hell, Bettina (2000): »Hamburgs erste privat geförderte Öffentliche Bibliothek«, in: Wagner, Bernd (Hrsg.): *Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur. Dokumentation eines Forschungsprojekts*, Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft (Dokumentation 55), S. 233-244
- Keupp, Heiner/Kraus, Wolfgang/Straus, Florian (2000): »Civic matters: Motive, Hemmnisse und Fördermöglichkeiten bürgerschaftlichen Engagements«, in: Beck, Ulrich (Hrsg.): *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*, Frankfurt: Suhrkamp (Edition Zweite Moderne), S. 217-268
- Kohl, Anke (1999): »Kurzlebiger Bürgerengagement oder bleibende Integration? Sechs Jahre nach der 1200-Jahr-Feier in Münster«, in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 86 (III/99), S. 36-41
- Kulturpolitische Gesellschaft (1999): »Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur« in: *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 85 (I/99) (Schwerpunktthema)

- Projektverbund Ehrenamt (1999): *Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement. Repräsentative Erhebung 1999 – Überblick über die Ergebnisse*, München (Ms.)
- Sartorius, Kurt (1998): »Das Ehrenamt am Beispiel des schwäbischen Schnapsmuseums in Bönningheim«, in: *Museumsblatt. Mitteilungen aus dem Museumswesen Baden Württemberg*, Heft 25, S. 23-25
- Schiewek-Giesel, Margrid (1998): »»Die Sache ist unser Engagement wert!« Ehrenamtlicher Museumsdienst im Roemer- und Pelizaeus-Museum«, in: *Mitteilungsblatt Museumsverband Niedersachsen Bremen*, Heft 55, Februar 1998, S. 81-84
- Seefeldt, Jürgen (2000): »Bürgerengagement am Beispiel der Bibliotheken – insbesondere im ländlichen Raum«, Berlin (difu-Institut) (MS)
- Sievers, Norbert/Wagner, Bernd (1998): »Public Private Partnership. Begründung und Modelle kooperativer Kulturpolitik«, in: *Handbuch KulturManagement*, Stuttgart u. a.: Raabe Verlage (Loseblattsammlung), C 1.6
- Spieckermann, Gerd (2000): »Ehrenamtliche Arbeit in soziokulturellen Zentren«, in: Wagner, Bernd (Hrsg.): *Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur. Dokumentation eines Forschungsprojekts*, Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft (Dokumentation 55), S. 205-222
- Stienen, Christian (1997): »Notwendigkeit und Chance. Gedanken zum Ehrenamt am Beispiel einer ehemals Öffentlichen Bibliothek«, in: *KulturForschung*, Heft 13, Februar 1997, S. 6-7
- Wagner, Bernd (Hrsg.) (2000a): *Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur. Dokumentation eines Forschungsprojekts*, Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft (Dokumentation 55)
- Wagner, Bernd (2000b): »Anerkennung durch Qualifizierung«, in: Wagner, Bernd (Hrsg.): *Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement in der Kultur. Dokumentation eines Forschungsprojekts*, Bonn: Kulturpolitische Gesellschaft (Dokumentation 55), S. 311-321
- Zimmer, Annette (1997): »Bürgerschaftlich-zivilgesellschaftliches Engagement im Museumswesen. Bestandsaufnahme, Defizite und Chancen«, in: Heinelt, Hubert/Schmals, Klaus M. (Hrsg.): *Zivilgesellschaftliche Zukünfte. Gestaltungsmöglichkeiten einer zivilen Gesellschaft*, Opladen: Leske & Budrich, S. 105-132

Der Beitrag ist entnommen: Thomas Rübke; Bernd Wagner: Jahrbuch für Kulturpolitik 2000. Thema Bürgerschaftliches Engagement; Kulturpolitische Gesellschaft; Klartext-Verlag Essen 2001. Alles nur mit Namen bezeichneten Literaturhinweise beziehen sich auf Autoren des Bandes